INTERIM

17. Dezember 1992

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

GEMEINSAM GEGEN DIE GEWALT. Frauen, die dem islamischen und dem Hindu-Glauben angehören, haben in der Stadt Bombay gemeinsam gegen die blutigen Ausschreitungen zwischen den beiden Religionsgruppen demonstriert, die Indien seit Tagen in Atem halten.



Nr. 220

Der Antworttext einiger Frauen auf "weißte was, wir ham auch haß" in der Nr. 218 lag uns schon vergangene Woche vor, wurde aber verschoben, da wir ihn selbst erst einmal dikutieren wollten (teiweise so kontrovers, daß nicht alle die folgende Position tragen).
Zwar stellen die Autorinnen voran, "daß jede Frau letztendlich selbst definiert, was sie als Vergewaltigung empfindet", jedoch wird dies im übrigen Text vollkommen zurückgenommen. Die Empfindung und Aussage der Frau scheint aber für die Bewertung und Reaktion "einiger Frauen" keinerlei Bedeutung zu haben, die Vergewaltigung wird letztendlich angezweifelt und das heißt, die vergewaltigte Frau wird in die Rolle gedrängt, sich rechtfertigen und verteidigen zu müssen. Genau dieses Anzweifeln ist die normale Reaktion, mit der in dieser Gesellschaft Frauen davonabgehalten werden, sexuelle Gewalt zu benennen und anzugreifen.
Es stellt an sich schoneinen Angriff auf die Frau dar.
Überhaupt scheinen "einige Frauen" mit dem alleinigen Blick auf die Männer sich und die eigenen erkämpften Standpunkte nicht zu sehen. Das reduzierte Anliegen, in den "Hirnen von Männern" etwas verändern zu wollen, negiert die Positionen von Frauenkämpfen, denen es wahrlich nicht um die Missionierung von Männern geht, sondern diese als Täter und Träger patriarchalischer Strukturen anzugreifen und eigene Organisierung zu nutzen und auszuweiten.
Wir haben uns dazu entschlossen, diesem Text außer einigen Zitaten der Roten Zora, einen Hamburger Beitrag von 87 zu einer ähnlichen Auseinandersetzung in Bielefeld gegenüberzustellen. Im übrigen haben wir vor, für die kommende Zeit noch weitere Texte zu diesem Thema zu suchen und möchten Euch auch dazu auffordern. Daß wir bei der Auswahl in der REgel auf ältere Beiträge angewiesen sind, ist noch einmal mehr Indiz dafür, wie wenig präsent solche Diskussionen heute noch sind.
An dieser Stelle möchten wir uns noch gesondert an Cornelia wenden: Dein Brief, der uns sehr Betroffen gemacht hat, ist bei uns angekommen. Wir denken und hoffen in deinem Sinne gehandelt zu haben, indem wir ihn an die Amazora weitergegeben haben. Vielen Dank für Dein Vertrauen!

Für das heutige Titelbild haben wir uns für 2 Photos entschieden, die den Kampf von Frauen gegen rassistische und sexistische Gewalt zeigen. Das untere Bild stammt von der berliner Frauen-Bündnis-Demo zu Ex-Jugoslawien.

Wie allen unschwer entgangen ist, weihnachtet es sehr - auch bei uns: die Weihnachtsnummer gibts schon am Mittwoch, den 22.12.!!!! ....und die Sylvesternummer gar nicht, da wir alle, wie es sich versteht , auf der Knast-Demo sind!

Inhalte:



Ordner:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

OHNMACHT IST DIE TARNKAPPE DER FEIGHEIT

Aber jede Frau, die schon einen Stein geworfen hat, die auf Anmache von Männern nicht mit Rückzug reagiert hat, sondern zurückgeschlagen, wird unser Gefühl von Befreiung nachvollziehen können, das wir hatten, als wir Sexshops zerstörten oder eine Bombe anläßlich des Urteils zum §218 vor dem Bundesverfassungsgericht zündeten.
Befreiung hat in unserer Gesellschaft etwas mit Zerstörung zu tun, Zerstörung der Strukturen, die uns an die Frauenrolle ketten wollen. Und diese Strukturen lassen sich nur zerstören, wenn wir die Verhältnisse, die uns kaputtmachen wollen, angreifen. Angreifen in den vielfältigsten Formen, aber immer verbunden mit unserem unversöhnlichen Haß auf diese Gesellschaft.

Gewalt gegen Frauen nicht als Ausnahme, sonders als durchgängiges HERR-schaftsprinzip zu begreifen, hat zu der Erkenntnis geführt, daß der Kampf gegen persönlich erfahrene sexistische Gewalt nicht zu trennen ist vom Kampf gegen jede Gewalt des Systems.

aus:Rote Zora- "Jedes Herz ist eine Zeitbombe"

Zum Artikel: "Weißte was, wir ham' auch Hass" in der *Interim* 218

Den nächsten Artikel wollen wir nicht unwidersprochen veröffentlichen. Darum haben wir drei Absätze in den Text eingefügt. Sie sind schwarz unterlegt. Die Passagen, auf die wir uns beziehen sind weiß auf schwarz.

Es gehört für alle Frauen (auch in der Linken Szene) zum Alltag dazu, mit sexueller Gewalt in jeglicher Form (Belästigungen/Begrapschen) konfrontiert zu werden, und kaum einen Raum für sich zu haben.

Die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt/Patriachat muß also wie ihr sagt, zum 10.000 und ersten Mal geführt werden.
Angesichts der im Text (Interim 218) von den Frauen beschriebenen Reaktionen auf den Vergewaltigungsvorwurf gegen Hari ist auch die Diskussion über den Vergewaltigungsbegriff dringend erforderlich.
Gesellschaftliche Realität ist es, daß der geltende Begriff von Vergewaltigung durch das Strafgesetzbuch definiert ist.
Das heißt, der Begriff Vergewaltigung bedeutet in den Köpfen von 90% der Männer und auch in den Köpfen sehr vieler Frauen: Ein Mann nähert sich einer Frau in der erklärten Absicht mit physischer Gewalt Geschlechtsverkehr zu erzwingen.
Dies stellt sich jedoch bei längerem Nachdenken und -fühlen als eine begrenzte Definition von Vergewaltigung dar. Auch wir sind der Meinung, daß jede Frau letzendlich selbst definiert, was sie als Vergewaltigung empfindet.

Die nächsten Passagen in diesem Text finden wir ziemlich unerträglich, weil sie unserer Meinung nach die Position "Nein heißt Nein" zwar verdeckt aber eindeutig aufgeben. Die Empfindungen der Frau scheinen für die Bewertung und Reaktion keinerlei Bedeutung zu haben. Es wird angezweifelt, ob die Tat überhaupt eine Vergewaltigung dar-stellt, d. h. der vergewaltigten Frau wird kein Glauben geschenkt, ob ihr NEIN überhaupt Nein bedeutet hat. Sie wird in die Position gedrängt, sich zu rechtfertigen und zu verteidigen.

Genau dieses Anzweifeln ist die "normale" Reaktion, mit der in dieser Gesellschaft Frauen davon abgehalten werden, sexuelle Gewalt zu benennen und anzugreifen. Es stellt an sich schon einen Angriff auf die Frau dar. Deshalb halten wir es eigentlich für falsch, diese Stellen des Textes abzudrucken, da wir damit die Reproduktion patriarchaler Strukturen mittragen. Wir ermöglichen damit eine Diskussion, die sich vielleicht nur graduell von den Demütigungen der vergewaltigten Frauen in einer Gerichtsverhandlung unterscheidet. Wir tun es trotzdem, weil offensichtlich nicht nur in dieser Szene, die dieses Druckwerk liest, sondern auch in diesem Projekt Interim diese Positionen zu Vergewaltigung nicht sonderlich weit entwickelt zu sein scheinen.

Zuletzt eine Frage an die Verfasserinnen. Was bitteschön macht für euch den Unterschied aus zwischen einer "richtigen" Vergewaltigung mit "in die Büsche zerren" und und dem Mißachten des sexuellen Selbstbestimmungsrechtes einer Frau?

Um jedoch eine öffentliche Diskussion führen zu können, muß klargestellt werden, was alles von Frauen als Vergewaltigung empfunden wird. Wir vermissen in eurem Beitrag einen Hinweis darauf, wie weit ihr den Vergewaltigungsbegriff für euch fasst. Ihr schreibt in eurem Text, daß ihr es ablehnt von Vergewaltigung 1. und 2. Klasse zu reden. Wäre aber die Vergewaltigung die Hari begangen hat, abgelaufen wie sie oben beschrieben ist (Zeile 11 bis 15) dann wäre die Diskussion über eine Klassifizierung hinfällig.

Es ist nicht unser Anliegen, Öffentlichkeit über die Vergewaltigermentalität zu verhindern. Es stellt sich uns aber die Frage, ob mit Hilfe dieser Sanktionen (Plakate in Kneipen wie Locus, Turandot, Dada u.ä. mehr) sich tatsächlich irgendetwas in den Hirnen der Männer ändert. Stellvertretend für alle Männer habt ihr an Hari ein Exempel statuiert. Ihr sprecht bei Hari davon, das sein Verhalten Struktur hat. Mal ehrlich : Welcher Mann hat sich zwecks Szene-profilierung noch nicht das Anti-Pat(riachat)-Mäntelchen umgehängt. ??

Wir lehnen eure Form der Öffentlichmachung in diesem Fall ab (v.a. die Plakataktion) weil:

- hier der Begriff der Vergewaltigung ohne eine Erläuterung irreführend ist (zum einen bringen Frauen nicht zwangsläufig ihr eignes Erleben mit Vergewaltigung in Verbindung bzw. sehen "nur den Vergewaltiger hinterm Busch" , zum anderen wird es Männern allzu leicht gemacht sich zu distanzieren, ohne ihr eignes Verhalten gegenüber Frauen zu hinterfragen.
- uns bei der nächsten ähnlichen Plakataktion erstmals Zweifel über die Aussage kommen.

Dies sind nicht nur Befürchtungen, sondern u.a. konkrete Reaktionen die wir sowohl von Frauen als auch von Männern erlebt haben.

Wir haben uns in unserem Text nur auf einige wenige Punkte des Artikels in der I.218 bezogen, die uns besonders aufgestossen sind. Eine umfassende Stellungnahme ist uns aufgrund vieler offen gebliebener Fragen nicht möglich. Wir hoffen aber auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Vergewaltigung.

einige Frauen

Wie gehen wir mit Vergewaltigung in revolutionären Zusammenhängen um?

I. Der äußere Grund für unsere Auseinandersetzung mit der Vergewaltigung.

Vor etwa 5 Jahren hat ein Typ aus Bielefelder Antifa-Zusammenhängen eine Frau vergewaltigt.

Er hatte wegen Raub etliche Monate im Knast gesessen. Er hatte Kontakte zu linken Zusammenhängen und zog in ein besetztes Haus, in eine Wohngemeinschaft ein. Dort vergewaltigte er diese Frau und wurde schließlich an weiterer sexueller und psychischer Gewalt gegen diese Frau gehindert durch Leute, die sie zu Hilfe rief.

Die Auseinandersetzung mit dieser Vergewaltigung spaltete das besetzte Haus: In die einen, die jeden Kontakt mit ihm abbrechen wollten; und die anderen, die weiterhin mit ihm zusammen leben wollten. Beide Fraktionen wollten aber den Konflikt und die Vergewaltigung selbst nicht nach außen tragen. D.h. kaum ein Mensch erfuhr von ihr: in der Antifa, in der Bielefelder Szene fand keine Auseinandersetzung mit dieser Vergewaltigung statt. Der Vergewaltiger arbeitete jahrelang - bis heute - in regionalen und überregionalen Zusammenhängen. In der Antifa tat er sich, wie zwei andere Typen, durch Macker-Verhalten und sexistische Sprüche hervor. Dies führte schließlich u.a. dazu, daß die Bielefelder Frauen die Antifa-Arbeit aufgaben. Sie arbeiten heute im wesentlichen zum Patriarchat.

Nach 5 Jahren haben jetzt andere Frauen, die mehr zufällig von dieser Vergewaltigung erfuhren, die Auseinandersetzung aufgegriffen. Sie hielten den liberalen Umgang mit dieser menschenverachtenden Gewalt und die Zusammenarbeit mit dem Vergewaltiger für unerträglich. Der Typ gab die Vergewaltigung zu, versuchte sie aber herunterzuspielen mit "besoffen" und "ins falsche Zimmer geraten". Unterstützung fand er bei den genannten beiden Typen, die mit ihrem Macker-Verhalten die Frauen aus der Bielefelder Antifa vertrieben hatten: sie wollten den Kontakt und die Zusamnmenarbeit mit dem Vergewaltiger nicht abbrechen, und "juristisch war das ja gar keine Vergewaltigung".

Für die beteiligten Antifa-Gruppen in NRW war klar, daß eine weitere Zusammenarbeit mit Vergewaltigern ausgeschlossen ist. Gegen die liberale Bielefelder Position, die Rücksicht genommen hatte auf die Sozialisation, die Verknastung, den Suff, die Orientierungsschwäche in der Wohnung und die Verdrängung von 5 Jahren stand das andere Extrem: Die harte Position lehnt jede Auseinandersetzung mit den Bedingungen der Vergewaltigung, dem Vergewaltiger selbst, seiner Entwicklung und Entwicklungsmöglichkeit kategorisch ab. Sie begreift jede Auseinandersetzung hierzu als Unterstützung/Verharmlosung/Rechtfertigung von Vergewaltigung. Ultimatum: Bruch mit jedem, der mit dem Vergewaltiger nicht bricht, und mit jedem, der mit diesen nicht bricht ... usw.

II. Der innere Grund für unsere Auseinandersetzung mit der Vergewaltigung.

Dieses Ultimatum hat uns unmittelbar konfrontiert und zur Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen, weil sie Frauen sind, gezwungen. Es hat schließlich eine selbstständige Diskussion über unsere Strukturen ausgelöst.

Die abgefuckten Argumente von "zu lange her" und "war ja gar keine richtige Vergewaltigung" haben bei uns keine Rolle gespielt. Klar war auch, daß der Vergewaltiger nicht mehr in der Antifa und anderen politischen Zusammenhängen vorkommen kann. Und, soweit das von uns abhängt, wird er dort auch nicht mehr vorkommen. In der Diskussion blieb anfangs unklar, ob diese Entscheidung begründet ist in der konkreten Entwicklung des Vergewaltigers, die keine grundsätzliche Veränderung seines Verhaltens erkennen läßt, oder ob Vergewaltiger generell aus unseren politischen Zusammenhängen ausgeschlossen sind.

aufgrund biologischer Unterschiede oder entsprechender biologistischer Konstruktionen (Antisemitismus). Die Unterscheidung der Menschen nach ihrem Geschlecht und die Unterdrückung der Frau ist durchgängig - durch alle Gesellschaften, Klassen, Kulturen, Religionen des Patriarchats.

Die Diskussion hat nicht einheitlich geklärt, ob Vergewaltigern grundsätzlich eine Entwicklungsmöglichkeit zugestanden wird - und, ob das überhaupt interessiert. Im Verlauf der Diskussion wurde jedoch allen klar, daß Vergewaltigung in unseren Zusammenhängen kein verständlicher "Ausrutscher" ist. Sie stellt einen viel tieferen Bruch der politischen und persönlichen Identität des Typen dar als die professionelle Vergewaltigung auf dem Strich und die institutionalisierte Gewalt in "normalen" menschlichen Beziehungen dieser Gesellschaft. Denn Menschen in revolutionären Zusammenhängen kämpfen gegen alle Formen von Herrschaft des Menschen über den Menschen. Vergewaltigung bricht jede Glaubwürdigkeit. Wer so andere Menschen mißhandelt, reproduziert herrschende Gewalt in einer Schärfe, durch die er sich aus unseren persönlichen und politischen Beziehungen ausschließt. Vergewaltigung bedeutet, einen anderen Menschen zum Tier degradieren, und ihn als Instrument und Objekt seines Machtanspruchs gebrauchen.

Vergewaltigung ist grundsätzlich rassistische Gewalt, in der imperialistischen Klassengesellschaft faschistische Unterwerfung der Frau. Sie überschreitet wie andere Formen des schweren Klassenverrats: brutaler Raub, sadistische Körperverletzung, unpolitischer Mord, Denunziation ...., eine Grenze, die durch Kritik in unseren Zusammenhängen nicht mehr aufzufangen ist. Sozialisation, Brutalisierung und Vermarktung der Frau werden von uns als gesellschaftliche Bedingungen nicht geleugnet. Dennoch sehen wir unter den Bedingungen der Klassengesellschaft keine Möglichkeit, diesen grundlegenden Bruch jeder systemfeindlichen Kollektivität zu verändern. Und wir haben auch kein Interesse daran. In der Analyse von Vergewaltigungen und in der Analyse der Sozialisation des Vergewaltigers sehen wir allerdings keine Verharmlosung, sondern den Versuch, früher und tiefer an unterdrückerische Strukturen im Umgang unserer Zusammenhänge heranzukommen.

Gegen das Argument, wir seien schließlich keine Sozialarbeiter und -therapeuten wurde gehalten, daß wir genau das sind - im revolutionären Sinn. D.h. wir wollen Menschen nicht brechen, stillegen, kompensieren, anpassen. Wir wollen ihre Unterdrückung brechen, ihre Ängste auflösen und ihren Haß entwickeln, damit sie nicht in der Klapse, auf der anderen Seite oder in der Resignation enden. Wir wollen und müssen, wie bisher in zahlreichen Situationen, unsere Zeit und Kraft konzentrieren auf die Auseinandersetzung mit Menschen, die fertig gemacht werden, kämpfen wollen und dabei Fehler machen. Wir wollen und können jetzt keine Kraft auf Menschen verwenden, die auf der einen Seite revolutionäre Phrasen dreschen und "wichtige" politische Arbeit machen, und auf der anderen Seite ihre eigene Unterdrückung in brutalster Weise weitergeben.

Wir schließen jeden Vergewaltiger aus unseren Zusammenhängen aus, weil uns jede (vergewaltigte) Frau, jeder Mensch, der es ablehnt, sich mit Vergewaltigern zusammen- und auseinanderzusetzen, in unseren Zusammenhängen wichtiger ist.

III. Die Entwicklung der Auseinandersetzung - Ausschluß der 'Volksfront'.

An dieser gründlichen und genauen Auseinandersetzung mit Vergewaltigung in revolutionären Zusammenhängen war eine Vertreterin der 'Volksfront' in zwei Terminen des 'Antifaschistischen Bündnisses' beteiligt. Sie hat ihren (Organisations-) Standpunkt sehr deutlich gemacht:

Sie fand es völlig aufgesetzt, sich noch 5 Jahre nach einer Vergewaltigung mit ihr auseinanderzusetzen. Sie vermutet, daß hier mal wieder jemand "fertiggemacht" werden soll. Es hat sie nicht interessiert, daß es tatsächlich 5 Jahre gedauert hat, bis andere als die unmittelbar Betroffenen von dieser Vergewaltigung erfahren haben. Es hat sie auch nicht interessiert, daß der Vergewaltiger seine Haltung in diesen 5 Jahren offensichtlich nicht geändert hat, sondern seine derbe Gewalt entschuldigt und wenigstens verbal fortsetzt.

Die Vertreterin der 'Volksfront' will den Vergewaltiger entschuldigen und Vergewaltigung verharmlosen: Sie weiß nicht, warum wir uns über eine Vergewaltigung überhaupt so aufregen, weil das doch alle Tage vorkommt. Sie will sich auf ihre langjährige Berufspraxis als Krankenschwester berufen, aus der sie uns ganz andere Sachen darüber erzählen könnte, was an Gewalt ständig in den Familien praktiziert wird. Davon hätten wir natürlich keine Ahnung. Zur weiteren Entschuldigung des Vergewaltigers bemüht sie die allgemeine Sozialisation dieser Gesellschaft, in der eben jeder fertiggemacht wird und Opfer der bestehenden Verhältnisse ist. Für sie ist es auch klar, daß der Arbeiter, der kaputt und fertig von der Arbeit kommt, am Abend noch mal eben über seine Frau steigt. Denn man kann doch die ganze Erziehung und Unterdrückung in dieser Gesellschaft nicht einfach ausklammern. Man kann doch einen Menschen nicht stigmatisieren, der mal eine Frau vergewaltigt hat.

Alle Argumente gegen dieses Verständnis für die alltägliche und permanente Vergewaltigung gehen an ihr vorbei. Wir sagen ihr: Kein Mensch ist willenloses Opfer der bestehenden Verhältnisse - auch nicht der Vergewaltiger, der mit kriminalisierten und "unsauberen" Mitteln die gesellschaftlich bedingte und festgeschriebene Minderwertigkeit der Frau vorführt. Für sie bleiben Vergewaltiger unterdrückte Opfer der bestehenden Verhältnisse, weil oft gerade nicht die Macker-Typen sondern total verschüchterte, fertige Menschen die Täter sind. Richtig, aber was haben wir mit diesen Menschen zu tun ? Sozialarbeit an völlig kaputten Typen ? Auch diesen Typen wird nicht allgemein die Entwicklungsmöglichkeit, weg von ihrer menschenverachtenden Gewalt, abgesprochen - aber nicht bei uns und mit uns. Wir wollen und müssen uns konzentrieren auf Macker-Strukturen als Bedingungen und vorläufige Praxis der Vergewaltigung.

Es interessiert sie nicht. Für sie bedeutet die Stigmatisierung des Vergewaltigers seine politische Vernichtung. Und da müsse man doch trennen zwischen privat und politisch. Seine Vergewaltigung sei doch seine persönliche Sache. Er könne doch sonst ein guter Revolutionär sein. Jeder mache Fehler. Wir könnten doch nicht vom Bild des Ideal-Revolutionärs ausgehen, der bereits fehlerfrei auf die Welt gekommen sei. Ihr wird entgegengehalten, daß nicht der Ausschluß aus revolutionären Zusammenhängen die politische Vernichtung des Vergewaltigers bedeutet. Vielmehr sei die Vergewaltigung der tiefgreifende Bruch der persönlichen und politischen Identität, seiner Glaubwürdigkeit, seiner Solidarität. Jede politische Überzeugung, Diskussion, Aktion für eine revolutionäre Kollektivität, für einen revolutionären Umsturz aller Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse wird hier zur Phrase.

Es hilft nichts: Die Vertreterin der 'Volksfront' will sich die Leute, mit denen sie zusammenarbeiten will, schließlich nicht nach ihren persönlichen Beziehungen, ihren privaten Macken aussuchen. Sie will ausgehen von einer klaren Zielorientierung; selbst die politische Einstellung von Leuten in irgendwelchen Bündnissen bleiben für sie im Hintergrund, solange sie was mit ihnen auf die Reihe kriegt. Später wird nachgeschoben, daß sich BWK, 'Volksfront' und FAU/R auch eine Zusammenarbeit mit der 'Jungen Union' vorstellen können, wenn sie gute antifaschistische Arbeit macht. (Politischer Unsinn oder opportunistische Spitzenqualität ?).

Die Vertreterin der 'Volksfront' endet mit dem Eingeständnis, daß sie diese Diskussion mit zahlreichen Beiträgen von den unterschiedlichsten Leuten verunsichert hat. Insbesondere über die Trennung von "privat" und "politisch" müsse sie sich Gedanken machen. Allein diese Absicht schaffte nach allem eine neue Bereitschaft, sich mit ihr bzw. der Position der 'Volksfront' weiter auseinanderzusetzen.

Am 2. April war von dieser Verunsicherung nichts geblieben: die alten Standpunkte werden verschärft wiederholt, die gesamte Diskussion arrogant ignoriert. Der Vergewaltiger bleibt Opfer seiner Verhältnisse; die Vergewaltigung

der Volksfront/BWK an die Situation der vergewaltigten Frau und ihr Interesse, ohne Angst und Bedrohung in politischen Zusammenhängen zu arbeiten.

ist seine private Sache; er kann ansonsten ein guter Revolutionär sein; sein Ausschluß ist seine politische Vernichtung ... Aber dabei bleibt es nicht: Unser Idealismus sei Produkt unserer Isolation von der Gesellschaft. Wir hätten offenbar keinerlei Erfahrung mit Menschen außerhalb unserer Zusammenhänge. Wir wüßten nicht, was in den Betrieben los sei, und wir hätten uns auch nie mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandergesetzt, z.B. in den Frauenhäusern.

Nicht genug mit diesen inhaltslosen Haßtiraden: Die Vertreterin der 'Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg' demonstriert ihren Faschismusbegriff: wir folgen einem biologistischen Weltbild, nach dem man als etwas Besseres, als besonders privilegierter Mensch, als fehlerloser Revolutionär auf die Welt gekommen sein muß. Wir seien Sozialdarwinisten, die sich rücksichtlos gegen alles Minderwertige, oder was wir dafür hielten, gegen alles Fehlerhafte und diese schlechte Welt als ideale Revolutionäre durchsetzen.

Das hat schließlich gelangt: Die Vertreterin der 'Volksfront' wurde aufgefordert zu gehen - ohne auf die Fresse, wie sie es satt verdient hätte. Dieser Rausschmiß war natürlich faschistische Methode unverbesserlicher Sektierer.

März/April 1987 - ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS HAMBURG

"1. BIOLOGISTISCHES MENSCHENBILD

... Dieses 'realistische' Bild von der menschlichen Natur und Entwicklung beinhaltet im wesentlichen die genetisch bedingte Verschiedenheit, Erblichkeit von Anlagen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen und die Arterhaltung als grundlegenden Antrieb menschlicher Handlungen zusammen mit der Notwendigkeit der Verteidigung des 'Lebensraums', des 'Territoriums'. Aus diesen Grundlagen entwickelte sich das menschliche Verhalten als hauptsächlich instinkt- oder triebgesteuerter Kampf ums Überleben, Arterhaltung und Territorium ..."

"... Die natürliche Ungleichheit ergebe sich nach Ardrey schon aus den notwendigen Voraussetzungen der geschlechtlichen Fortpflanzung im Rahmen der Evolution. Diese genetisch bedingte Ungleichheit erhalte zusätzlich eine gesellschaftliche Komponente durch den zur Arterhaltung und Verteidigung des Territoriums notwendigen Zusammenschluß zu Gemeinschaften, in denen sich die Starken als Beschützer der Schwachen herausbilden, Dieser notwendige Zusammenschluß habe sich stammesgeschichtlich im erblichen 'Sozialinstinkt' oder 'Sozietätstrieb' manifestiert, der 'natürlicherweise von den beiden Grundsätzen der Ungleichheit und der Rangordnung bestimmt (wird), die wir als Folge unseres ureigensten Seins definiert haben' (Jacques de Mathieu)."

(Martina Koelschtzky:
DIE STIMME IHRER HERREN - DIE IDEOLOGIE DER NEUEN RECHTEN)

wir haben in der nacht vom 4. zum 5.12. das gelände der firma kemmers neben dem lehrter bahnhof mit einer zündenden idee besucht, weil eben jene firma maßgeblich am umbau der oberbaumbrücke beteiligt ist.
wegen unvorhergesehenen schwierigkeiten wissen wir nicht, ob`s auch wie gewünscht unterm LKW angebrannnt ist.

OBERBAUMBRÜCKE BLEIBT STADTRINGLÜCKE

nachts am 18./19. 11. haben wir im bürotrakt des berlin-pavillon in tiergarten ein feuer gelegt. in diesem landeseigenen gebäude lief seit september die ausstellung "zwischenspurt olympia", in der die bisherige olympiaplanung gepriesen wurde. von dort aus wurden auch die propagandastadtrundfahrten der olympia-gmbh organisiert. das ganze paßte uns natürlich gar nicht.
offenbar hats nicht richtig gezündelt, sonst hätten sies nicht verschweigen können. trotzdem sinds der versuch und alle dabei gemachten erfahrungen wert gewesen.
nie wieder olympia. schon gar nicht in berlin!




in diesem sinne
autonome gruppe "volxsport statt olympia"

Liebe AG Praxistest,
wir haben eure Kritik an der Anleitung zum Abfackeln von Bonzenautos aufgegriffen. Ihr kritisiert, daß wir auf die Gefährdung beim Entzünden nicht in unserem Text eingegangen sind. Es stimmt, daß eine Stichflamme entstehen kann, die einem beim Entzünden durch die kaputte Scheibe entgegenschlagen kann.
Deswegen noch einige Tips:

- je höher der Benzinanteil des Gemisches, desto "explosiver"
- ab 4°C verdunstet Benzin und bildet mit dem Sauerstoff ein "explosives" Benzin-Luft-Gemisch. Je höher die Außentemperaturen, desto schneller bildet sich dieses
- von der Menge des ausgeschütteten Benzin-Öl-Gemisches hängt ebenfalls die Intensität der Stichflamme ab.

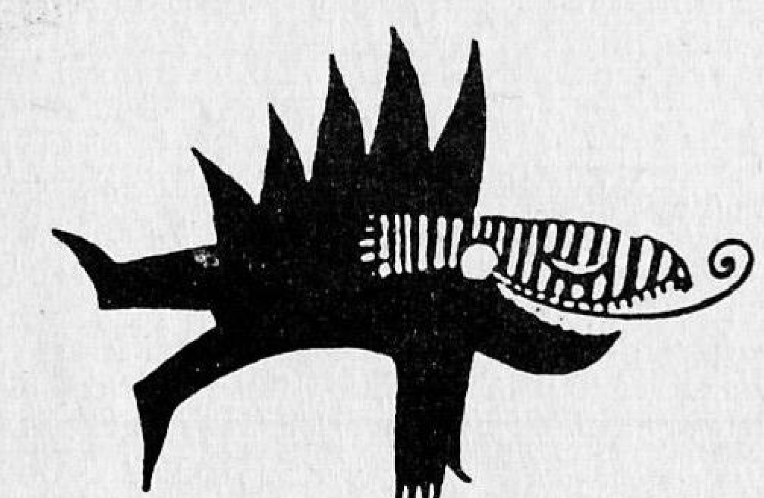
Sinnvoll ist es allemal, aus ausreichender Entfernung das Wageninnere zu entzünden:

- entweder mit einem langen Stock, an dessen Ende ein benzingetränkter Baumwolllappen hängt und der nach dem Entzünden ins Wageninnere befördert wird.
- oder aus größerer Entfernung einen Molli aufs Auto
- oder mit einem Pyro draufhalten und entzünden.

Noch ein Tip. Der Wagen entflammt schneller, wenn durch eine zweite kaputte Scheibe (Front- oder Heckscheibe) für mehr Sauerstoffzufuhr gesorgt wird. Dadurch vermindert sich nach unseren Beobachtungen auch die Intensität der Stichflamme.



besser spät als gar nicht ....
in der nacht vom 8. auf 9.11
(richtig gelesen 11.) haben wir
nen bagger von kemmer
abgefackelt. ritter/alexandrinen str.
stand er bis sie ihn in die
werkstatt bringen mussten.



KEMMER GEH NACH HAUSE
NIX DA MIT INNENSTADTRING
u.s.w. etc pp u.ä
warum wir das jetzt erst bekannt-
geben ? schl....



Presseerklärung:

Schluß mit der rassistischen Arbeitsvermittlung

Wir, die Heinzelmannchen/Tusma-JobberInnen-Initiative, haben heute morgen für eine halbe Stunde das studentische Arbeitsamt an der Freien Universität besetzt. Der Grund für diese Aktion war die seit langem bestehende ausländerfeindliche Vermittlungspraxis dieses Arbeitsamtes: Immer wieder tauchten dort Jobangebote mit den Zusätzen "Muttersprache Deutsch" oder "perfekte Deutschkenntnisse" auf. Gegenüber dem bis vor kurzem üblichen Zusatz "ND"(nur Deutsche) sollen diese Bezeichnungen wohl etwas sachlicher klingen, bedeuten aber genau dasselbe: **rassistische Diskriminierung!!**

Da gibt es einerseits den offensichtlichen Rassismus, wenn z.B. von Lagerhelfern und Bauarbeitern "deutsche Muttersprache" verlangt wird. In andern Branchen (vor allem bei Bürojobs und, weniger extrem, im sozialen und Servicebereich) hat diese Diskriminierung System: Ausländische Studierende, vor allem Frauen, werden systematisch aus diesen, meist besser bezahlten Bereichen ausgegrenzt. Sie werden gezwungen, längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen oder auf schlechter bezahlte Jobs auszuweichen.

Daß es sich hierbei nicht um Fragen der Qualifikation handelt, wird nicht nur deutlich, wenn Lagerarbeiter mit "Muttersprache Deutsch" gesucht werden. Es ist geradezu absurd, wenn ausländische StudentInnen, der Deutschkenntnisse anerkanntermaßen für ein Studium an der FU genügen, angeblich nicht in der Lage sein sollen, die bekannt stupiden Ablage- oder Tippjobs im Büro zu machen. Die Entscheidung, ob eine Arbeit gemacht werden kann oder nicht, sollte das Arbeitsamt getrost den Studierenden überlassen.

Unsere Aktion gegen die beanstandeten Vermittlungkriterien war erfolgreich!

Die Verantwortlichen im Arbeitsamt sagten definitiv zu, solche Praktiken zu unterlassen. In Zukunft dürfen die Arbeitgeber nur noch Zusätz wie "gute Deutsch bzw Rechtschreibkenntnisse" verlangen. Allerdings nur, wenn sie nach weisen, daß solche Kenntnisse wirklich für die Arbeit erforderlich sind. Bestehen die Arbeitgeber weiterhin darauf, nur deutsche Bauarbeiter oder weiße Liferanten zu beschäftigen, so werden diese Angebote vom Arbeitsamt nicht mehr angenommen.

Wir und alle anderen Studierenden werden auf die Einhaltung dieser Zusagen achten!!

Den rassistischen Alltag durchbrechen!!!

WEITERHIN GILT: 15,- DM MINDESTLOHN SOFORT !!!!!!!!!!!

P.S. Die Heinzelmännchen/TUSMA-JobberInnen-Initiative trifft sich jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im Stadtteilladen Lunte in der Weisestr. 53, Neukölln U-Bhf Boddinstr. (U8)

DEMO 5.12.92 - Nichts kann so schlecht sein, daß sich nicht noch etwas daraus lernen ließe

Ich halte es für notwendig, die Demo vom 5.12. etwas systematischer aufzuarbeiten als dies in den 3 Texten in der letzten Interim (219/10.12.92) geschehen ist - ganz zu schweigen von den Versuchen irgendwelcher Kommunisten (oder was sich dafür hält), die Auseinandersetzung mit der RIM für sich zu funktionalisieren. Dazu komme ich dann ganz zuletzt noch.

Die Demo-Kritik en detail:

Vorbereitung: Die Vorbereitung der Demo ließ bereits einiges erannen.

- Es gibt in der autonomen Szene durchaus Strukturen, die zur Vorbereitung einer Demo angesprochen werden können. Wer diese Zusammenhänge nicht direkt kennt, kann ohne weiteres per Interim zu einem Vorbereitungstreffen einladen. Die meisten Menschen, vereinzelt oder auch organisiert, haben aber von der Demo frühestens am Sonntag (29.11.) erfahren, und dies verbunden mit dem Eindruck, es gebe bereits eine tragfähige Struktur der Vorbereitung. Die vorhandene Möglichkeit, die Demo - gemäß dem selbst gesetzten Anspruch - zu organisieren, bestand also, wurde aber nicht genutzt.
- Da die Demo von Kreuzberg nach Lichtenberg gehen sollte, mußte die Route zwangsläufig sehr lang sein und durch teilweise öde Gegenden führen; insgesamt gab es aber nur wenige richtige Lücken (Schillingbrücke-Hauptbahnhof und Marktstr.). Es ist wohl anzunehmen, daß die Bullen in solchen Brachgebieten eher eine Demo angreifen als z.B. auf der schaufensterreichen Frankfurter Allee. Aber das sollte nicht überbewertet werden - vorrangig war sicherlich die politische Vorgabe für die Bullen, auf jeden Fall einzugreifen, und das jeweilige Kräfteverhältnis. Wenn diese beiden Faktoren ungünstig für uns sind, kann die Route noch so günstig sein, und es hilft doch nix. Daher finde ich, daß der Demovorbereitung hierzu kaum ein Vorwurf zu machen ist; höchstens allgemein, daß Demos nicht überlang sein sollten.
- Die öffentliche Vorbereitung der Demo war selbst für unsere Maßstäbe, die ja nicht gerade Bescheidenheit bedeuten, großkotzig. Überregional, 15.000 Leute, Durchbrechung des Maskierungsverbotes und eine "neue Qualität" auch inhaltlich setzen... ziemlich viel auf einmal. Dies war für viele ein Grund, der Demo von vorneherein mißtrauisch entgegenzusehen. Für all diese Ankündigungen hätte es eigentlich ein großes Vorbereitungsplenum und eher wochen- als tagelange Diskussionen geben können. Zu bemerken waren aber nur viele Plakate und dann...
- ...die Pressekonferenz, auf der "aus Versehen" die Sache mit dem "Vermummungs"-Verbot angesprochen wurde - was der Demo immerhin Publicity sicherte, incl. dutzende von FotoreporterInnen.
- Auch die VV vor der Demo hatte eher den Charakter einer Pressekonferenz. Die Leute von der Vorbereitungsgruppe erzählten des längeren, warum eine Antifa-Demo notwendig sei, aber den Begriff "neue Qualität" konnten sie nicht füllen, außer durch Allgemeinheiten (etwa, daß es wichtig ist, Antifa-Arbeit kontinuierlich und möglichst erfolgreich zu machen) und durch die beiden "neuen" Qualitäten, eine Demo ohne Bündnis-Versuche mit links-reformistischen Gruppen zu machen und selbst offensiv zu werden. Liebe GewnossInnen, bei allem Respekt, beides ist nicht im geringsten neu, sondern (gerade in Form von Demos) in den letzten Jahren immer wieder geschehen. Auf der VV kamen auch auf konkrete Nachfragen nur allgemeine, eher moralische Antworten, bzw. ein "Es-wird-schon-alles-klappen".
- Es wurde ein Faltblatt auf der VV verteilt, das die Illusion von der überregionalen Mobilisierung leider weiter am Leben erhielt, obwohl längst allen klar sein mußte, daß es wohl kaum eine überregionale, geschweige denn "nationale" (ahem) Demo sein würde. Auf dem Flugi wurden zahlreiche Fascho-Objekte, v.a. in Ostberlin, aufgelistet. Es gab Kritik an Ungenauigkeiten auf der Liste, die aber leider selbst sehr ungenau war, so daß sie leicht abgebügelt werden konnte mit dem Tenor: "Die Leute, die diese Liste gemacht haben, sind bestimmt sehr genau damit umgegangen." Ich habe da so meine Zweifel: Die Wohnadresse eines bekannten FAPlers (Dimitroffstr.) wurde als "Jugendclub" eingetragen. Die Bezeichnung der "Wurzel" als "staatlich betreuter Nazitreff" ist zumindest übertrieben. Die Kneipe "Zum Afrikaner" blieb umstritten - rechte Prolls mit Nazi-Kumpels oder "Fascho-Stammkneipe"? Der Wirt selbst ein Nazi oder nicht? Schließlich blieb mir der Jugendclub "Reinhold Rade" in der Lichtenberger Radestr. ein Rätsel: Wo befindet sich diese Straße? Ich konnte sie weder im alten noch im neuen Berliner Straßenverzeichnis finden, ebensowenig wie den Jugendclub im Verzeichnis der Lichtenberger Jugendfreizeitheime... für Erläuterungen wäre ich sehr dankbar!

Kurzum: Die Vorbereitung war eher ein Fiasko.

Dann die Demo: Zuerst etwas Positives: Der Erfolg der Demo lag für mich darin, daß sie bis zum Ende geschlossen durchgeführt wurde und auch die allermeisten Leute dabeigeblieben sind. Gerade angesichts der Tatsache, daß viele sehr mißtrauisch zu der Demo gekommen sind und noch am Oranienplatz nicht wußten, ob sie nun wirklich mitgehen wollten, ist das nicht zu unterschätzen. Aber es war reichlich teuer erkauft mit den Festnahmen und v.a. mit den vielen Verletzten.

An der Demo haben nicht 5000 Leute teilgenommen, sondern zwischen 2500 und 3000. Das schreibe ich nicht, weil ich gerne rechne, sondern um noch einmal festzuhalten, daß an dieser Demo nichts überregionales war: es war das seit Jahren bekannte Potential linksradikaler Demos in Berlin, plus die Leute von der "Wir-bleiben-alle"-Aktion.

Es gab auch alle Randerscheinungen, die bei Demos typisch sind: Besoffene, die pöbeln; unerfahrene Leute, die herumrennen und Hektik verbreiten (meist ziemlich junge); Null-Checker, die Steine und Flaschen blindlings in die Menge werfen und die eigenen Leute verletzen (meistens junge Männer); Ignoranten, die immer noch nicht kapiert haben, was ein Frauen-/Lesbenblock darstellt (Männer).

Daß so viele am Rand mitgelaufen sind, hatte sicher auch mit den gemischten Gefühlen der Demo gegenüber zu tun. Vielleicht fühlten sich auch viele gerade deswegen nicht verantwortlich, weil vor der Demo so ein Wirbel gemacht worden war, als ob ganz viel organisiert sei - da haben dann die, die nicht an der Vorbereitung teilhatten, einfach gemacht, worauf sie gerade Bock hatten - und siehe, das waren die allermeisten.

Auffällig war besonders das ständige Hinterherhinken des Lautsprecherwagens - wie sah es aus mit Meldesystem und Lauti-Schutz? Gab es sowas? Und wenn ja, hat es auch funktioniert? Zum Glück war die GenossIn am Mikrofon sehr souverän - es drängte sich der Verdacht auf, daß sie vielleicht nicht zur Vorbereitungsgruppe gehörte!?

Auf der Demo setzte sich fort, was schon vorher begonnen hatte: Keine neue Qualität, weder inhaltlich noch formal. Das ist ein Schuh, der nicht nur den OrganisatorInnen paßt, sondern auch all denen, die meinten und meinen, eine Demo sei etwas, das andere für sie planen und das dann nur noch konsumiert werden muß. Es gab kaum Transparente bzw. Parolen, die den Sinn der Demo nach außen vermittelten, keine Redebeiträge, die länger als zwei Minuten im Gedächtnis der ZuschauerInnen haften blieben. Die häufigsten Parolen waren "Haut ab" und "Wo wart ihr in Rostock" (beides würde zwar auch auf die RIM gemünzt passen, richtete sich aber eindeutig - für uns - an die Bullen, insofern irren sich die Schreiberlinge des einen Kritikpapiers in der letzten Interim, wenn sie meinen, es sei v.a. eine Anti-Rim-Demo gewesen): Die Demo war, von außen betrachtet, nichts weiter als eine vierstündige wandernde Konfrontation Autonome vs. Bullen, und die Leute draußen, am Straßenrand und in den Wohnungen, werden wohl aus den eben zitierten Parolen wenig inhaltlichen Nutzen gezogen haben.

Das Maskierungsverbot haben die Bullen gemäß ihrer Planung durchgesetzt.

Weder inhaltlich noch formal hatte die Demo offensive Momente, vielmehr war sie die ganze Zeit über in der Defensive. Insofern bleibt die Frage, ob die ganze Demo überhaupt einen Sinn hatte. Ich meine, nein, eher im Gegenteil. Wer, in einem ungünstigen Kräfteverhältnis stehend, den Gegner durch markige Sprüche provoziert und dann nichts davon umsetzen kann, verliert Terrain statt es zu gewinnen, auch im politischen Raum. Wie heißt es doch so schön:

Ein Lama spuckte dicke Töne,//daß es den Gamsbock stets verhöhne;//doch als der Gamsbock kam herein,//da kratzte es sich still am Bein.

Jetzt läßt sich einwenden: Hinterher läßt sich das alles leicht sagen, und die Demo-Vorbereitungsgruppe hat ja auch schon Selbstkritik geübt... ich denke aber, daß es sich schon vorher sagen ließ, daß insbesondere die Leute, die die Demo vorbereitet haben, das hätten erkennen können, wenn sie sich etwas mehr Gedanken gemacht hätten. Ich weiß nicht, wer aus welchen Zusammenhängen konkret vorbereitet hat, deswegen weiß ich auch nichts über Unterschiede zwischen den Leuten und bin jetzt vielleicht manchen gegenüber ungerecht, wenn ich alle über einen Kamm schere.

Zur Nachbereitung und Einschätzung: In der Nachbereitung wurde endlich offengelegt, wo des Pudels Kern lag: Die Demo war im Grunde eine spontane Idee, entstanden aus dem völlig berechtigten Bedürfnis, nach dem mörderischen Wochenende von Ende November auf die Straße zu gehen und darüber hinaus "die" Straße als eigenes Terrain (wieder) zu besetzen. Um diesen vor allem moralischen Kern war ein Pudel gestrickt worden aus "Inhalt", "Qualitäten" und "Organisierungsperspektive", aber all das war, weitgehend, Fassade. Das zeigte sich vor der Demo darin, daß es von den VorbereiterInnen fast nur Allgemeinheiten zu hören gab, und es setzte sich fort als Zusammenbruch der Fassade, als es dann am 5.12. ernst wurde. Leider lebt aber dieser Pudel auch in der Nachbereitung noch weiter: Es wurde zwar Selbstkritik im Detail geübt, aber die Herangehensweise an sich wurde zuwenig in Frage gestellt.

In den letzten Jahren hat sich eine Gewaltenteilung eingeschlichen, die im Falle von Demos bedeutet: Einige bereiten vor und rödeln herum, andere konsumieren das Fertiggericht, und wenn die Sterne günstig stehen, wird die Demo gut. Das kann auch eine ganze Weile funktionieren, solange die VorbereiterInnen erfahren und routiniert sind und ihre Kräfte und die der anderen Leute einschätzen können. Ist das nicht der Fall, oder werden Einschätzungen ersetzt durch hohle Phrasen, kanns ganz hübsch nach hinten losgehen. Fehler zu machen an sich ist in Ordnung, aus Fehlern werden wir klüger. Vorhersehbare Fehler zu machen ist schon weniger in Ordnung, und wenn dann einer nachher sagt, er sehe die Festnahmen auf der Demo als Möglichkeit zukünftiger politischer Offensiven (in Form von Gerichtsverfahren), dann frage ich mich, wo er klüger geworden ist.
Insbesondere das (mir zugegebenermaßen wenig bekannte) Spektrum um das KOB (Kreuzberger Oppositionsbündnis von unten) ist in den letzten Monaten immer wieder mit einer Mischung aus Phrasen, großen inhaltlichen Ansprüchen und mangelnder politischer Erfahrung aufgefallen. Dabei kommen dann Sachen raus wie der seltsame Bezirkswahlkampf des KOB, das umstrittene "Einheiz"-Festival am 2.10.92 oder eben eine Demo, die politisch zerbricht an dem großen Abstand zwischen formuliertem hohem Anspruch und banaler Realität.
Mir ist klar, daß das sehr arrogant klingt, und vielleicht machen mich meine langjährigen Erfahrungen selbstgerecht, aber scheiß drauf, es muß mal gesagt werden: Lernt, eure eigenen Kräfte einzuschätzen, und verwechselt nicht eure Wünsche oder ein "Aber-so-müßte-es-doch-sein" mit der Realität! Fragt euch, bevor ihr eine Demo macht: Was soll transportiert werden, und vor allem wie? In welchem politischen Umfeld findet die Demo statt? Wer will eine Demo - etwa nur die Vorbereitungsgruppe selbst? Ein Demokonzept funktioniert nicht deshalb, weil einige Leute es für richtig halten, sondern weil es von vielen getragen wird - siehe die 1.Mai-Demo, die auch stattfinden würde, wenn niemand sie vorbereiten würde.
Das alles gilt umsomehr für die mit der Demo mitgeschleppten Ansprüche, also die kontinuierliche Antifa-Arbeit und die Offensive. Wenn ihr in diese Arbeit genauso blind hineinlauft wie in die Demo, werdet ihr euch schnell verschleißen und euch viel Frust abholen.

Bis zuletzt aufgespart: Die RIM
Erst mal etwas allgemeines: Die RIM und ihre Neben-, Tarn- und Geschwistergruppen (RK-Revolutionäre Kommunisten, TKP/ML-MPM, Internationales Kommittee etc. Guzman...) sind bekanntermaßen K-Gruppen, das bedeutet Kader-Gruppen. Und es bedeutet eine bestimmte Politikform, die von der RIM und ihrer Chefgruppe, der Kommunistischen Partei Perus (PCP, genannt Sendero Luminoso), in besonders konsequenter Weise durchgeführt wird: Innerhalb der Linken wird eine Krise geschaffen, die Situation wird durch Flügelkämpfe und Provokationen so lange chaotisiert und zugespitzt, bis es zuletzt keine funktionierenden Gruppen und keine praktische linke Politik mehr gibt. Dann bleibt nur noch der Feind übrig und die straffe K-Gruppe, und wer noch links ist, hat keine Wahl mehr: entweder zum Feind übergehen oder die K-Gruppe zumindest unterstützen. Dieses Konzept hat schon oft geklappt, v.a. in ländlichen Regionen ohne eifrig herumwuselnde bürgerliche Intellektuelle, z.B. in China (Mao Zedong), Kambodscha (Rote Khmer), Kurdistan (PKK). In Peru klappt es nicht so ganz, weil es dort noch eine zweite starke Guerilla gibt, die MRTA (Revol. Bewegung Tupac Amaru), die uns übrigens politisch sehr viel näher steht als Sendero, und die die PCP bisher nicht ausmerzen konnte. In der BRD hat das Konzept noch nie geklappt, schon weil es stets eine große Anzahl verschiedener K-Gruppen gab und gibt, die sich gegenseitig fertigmachen.
Insofern geht es bei der Auseinandersetzung mit der RIM in erster Linie um ein politisch-taktisches Konzept und erst in zweiter Linie um politische Inhalte, die natürlich damit auch in Verbindung stehen. Ich glaube aber nicht, daß bei einer rigiden K-Gruppe der politische Inhalt wirklich eine große Rolle spielt, immerhin kann die Führung ihn jederzeit auf neue Linie bringen, und die Rekrutierung neuer Leute geschieht nicht gerade auf der Basis inhaltlicher Erkenntnis, sondern mehr über Gruppengefühl, einfache und klare Antworten (bzw. Befehle)... nicht, daß ich uns da als leuchtendes Gegenbeispiel hinstellen will, aber besser finde ich unseren Umgang diesbezüglich schon.
Die RIM ist besonders auffällig, weil sie besonders rigide vorgeht und besonders hemmungslos pragmatisch ist. Vermutlich ist sie auch nicht zufällig gerade in Berlin so aktiv: eine große linksradikale Szene mit schlechtem Organisierungsgrad und viel Chaos ist idealer Nährboden für eine Strategie der Spaltung und Zuspitzung. Die RIM funktionalisiert Jugendliche oder Kinder, während ihre FunktionärInnen sich fein im Hintergrund halten. Sie spekulieren darauf, daß andere Linke ihnen gegenüber Skrupel haben und unentschlossen sind, während sie selbst keine Skrupel haben und ihre Leute bedenkenlos verheizen. Und mit ersterem haben sie ja auch recht, auf diese Skrupel können wir ruhig stolz sein. Während die RIM-Flugblätter und -Propaganda ohne Hemmungen lügen und damit Verwirrung schaffen, haben wir allzu oft versucht, unsere eigenen Widersprüchlichkeiten mit einzubeziehen und gehofft, es müsse doch alles doch noch irgendwie zu regeln sein. Diese Situation haben dann auch andere K-Gruppen auszunutzen versucht, die ja im Endeffekt taktisch ähnlich vorgehen wie die RIM, nur eben harmloser. Da treffen sich dann auch die trotteligen Trotzkisten von "Spartakus" mit Stalinisten und Maoisten, alle in der stillen Hoffnung, wenn alle sich gegenseitig niedergemacht haben, als letzte übrig zu bleiben. Das ist der Hintergrund der angeblich so kommunistischen Einheitsfront-Parolen. Na, den Begriff Kommunismus will ich hier jetzt nicht auch noch diskutieren.
Kurz und schlecht: Eine Demo wegen der RIM aufzulösen, wäre genau das, was sie erreichen will. Sicherlich wäre es am besten, wenn es uns gelänge, die RIM bedeutungslos zu machen. Wenn wir mit massenhaft Transparenten, Parolen und Lautsprechern und Flugblättern präsent wären, wäre die RIM eine Randerscheinung, über die nur gelacht würde, und sie verlöre damit auch ihre einzige tatsächliche Chance: ihre Anziehungskraft für ganz junge Leute, denen sie Geborgenheit im Feindesland anbietet. Momentan können wir sie aber offenbar auf diese Weise nicht dorthin verweisen, wo sie hingehört, was sicherlich die These bestätigt, daß die RIM-Auseinandersetzung auch ein Zeichen für unsere Desorientierung und derzeitige Schwäche ist. Also müssen wir zumindest versuchen, wenn überhaupt, dann entschieden gegen die RIM vorzugehen - nach dem Motto: Wehret den Anfängen! Damit es nicht wieder zu so chaotischen und gefährlichen Situationen wie am 5.12. kommt, mit vielen Verletzten auf beiden Seiten, ist es notwendig, daß viele Menschen sich schnell und entschlossen gegen die RIMler stellen und vor allem versuchen, die FunktionärInnen zu isolieren und aus der Demo zu bringen. Ich kenne den Vorwurf, daß das Bullenverhalten sei, halte ihn aber für falsch - immerhin würde wir wohl keine Probleme haben, provozierende Männer aus dem Frauenblock zu verbannen (oder?) oder Rechte aus der Demo zu schmeißen oder besoffene Provokateure... wäre das auch alles Bullen-Verhalten? Dann allerdings bin ich dafür.

Das war jetzt alles ziemlich lang und ziemlich kritisch (sollte aber solidarisch sein! echt!), aber zur nächsten Demo bin ich mit Sicherheit wieder auf der Straße.
Bis dann, Norddrohungen bitte an

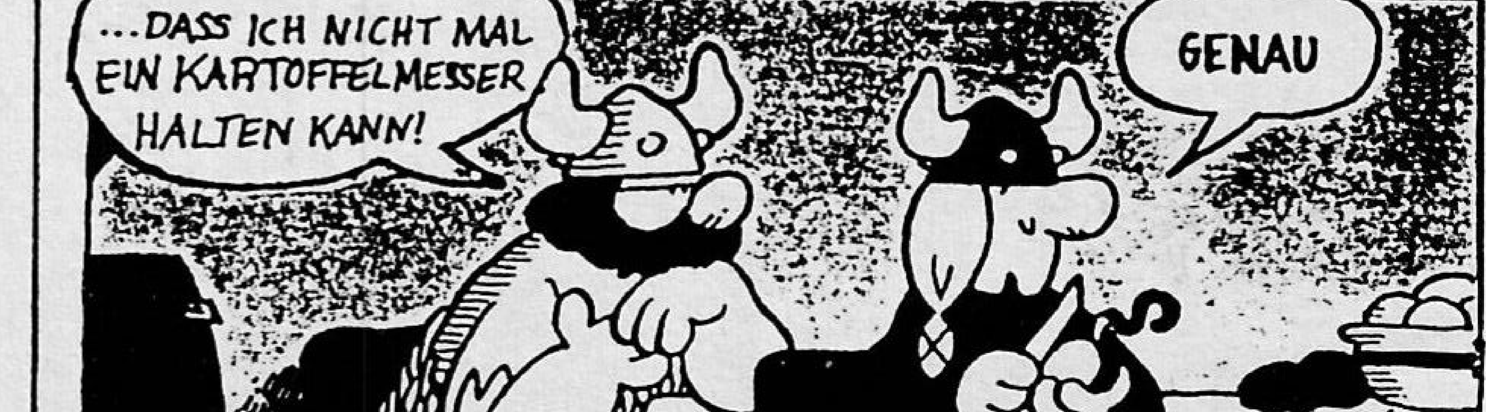
Sven Glückspilz













4. Neuköllner Montagsdemo

Am 7. 12. liefen ca. 100 Menschen auf der 4. Neuköllner Montagsdemo mit, großteils Menschen aus unserem Kiez. Unter dem Motto " Flüchtlinge verteidigen wurden 3 Redebeiträge verlesen. Eine Biographie einer libanesischen Frau, wie sie geflohen, warum und wie sie hier aufgenommen wurde, ein Beitrag zum bilateralen Abkommen zwischen BRD und Rumänien und der Hauptredebeitrag " auch sog. Wirtschaftsflüchtlinge sind politische Flüchtlinge". Die Stimmung war lau für Neukölln aber O.K..
Verstehen können wir bis heute nicht warum auf Kiezdemos in Neukölln, sich die Kreuzberger und Leute aus anderen Stadtteilen nicht blicken lassen.
Mobilisiert wurde unter anderem über Plakate, Interim und auf der Anifa-Demo am 5.12.. Eure Kämpfe sind auch unsere Kämpfe! Aber unsere auch eure ? Hört die Solidarität schon an der Stadtteilgrenze auf ? Wenn die Umstrukturierung so wie geplant in Neukölln durchgezogen wird hat dies durchaus auch Wirkungen auf Kreuzberg.
Wichtig ist für uns viele NeuköllnerInnen zu mobilisieren, aber Demos sind halt besser wenn viele Leute mitlaufen und Parolen brüllen. Es ist einfach besser wenn viele Leute hinter dem Leittranspi herlaufen.

Hoch die Internationale Solidarität ! !

Neuköllner Montagsdemoplenum

damit ihr wenigstens zu Hause mal beifallklatschen könnt hier nun unser Hauptredebeitrag vom 7.12.:

Hallo liebe neuköllnerInnen
Dies ist die vierte neuköllner montagsdemo.Nicht zuletzt durch die ereignisse der letzten wochen wenden wir uns wieder gegen rassismus.
Die morde von mölln,friedrichshain und wuppertal machen uns traurug und wütend !!
Doch die frage bleibt was passiert da eigentlich ?
Die jahrelange hetze gegen flüchtlinge,Immigranten sowie andersdenkende hat den rechtsextremen die möglichkeit gegeben, unter beifall menschen anzupöbeln, anzugreifen und zu ermorden. So hat es in diesem jahr bereits mehr als 17 tote geggeben, die opfer von neonazis wurden.
Durch die mit der vereinigung aufgetretenen, wirtschaftlichen und sozialen probleme mußten von seiten der politiker schuldige gesucht werden, um von ihrer eigenen verantwortung abzulenken.
Die waren sehr schnell gefunden in denen, die vor armut,hunger und krieg zu uns flohen und noch fliehen.
"Man" versucht uns weisszumachen, daß die flüchtlinge ein haufen schmarotzer seien, die auf unsere kosten hier leben wollen.
Doch fest steht:
der reichtum und wohlstand mitteleuropas beruht auf jahrzehntelanger ausbeutung des trikont.
Eine große rolle spielen dabei auch deutsche konzerne, die in den ländern der sog. 3.welt(Lateinamerika,Afrika,Asien) kräftig investieren, da dort die produktion erheblich billiger ist.
Das bedeurtet die löhne sind minimal, das angebot an arbeitskräften ist nahezu unerschöpflich.
Die gewinne sind maximal. Ein großteil des geldes fließt zurück nach europa, der rest wird ungleichmäßig verteilt:2-5% der bevölkerung in sog.3.welt-ländern besitzen 90-95% des kapitals. Gut ausgerüstete armeen sichern die macht der dort herrschenden cliquen. Jedes anzeichen von widerstand wird mit folter& mord beantwortet.
Auch hierbei mischen die grooßen konzerne kräftig mit. Sie beliefern die herrschenden mit polizeigerät,waffen etc. oder rüsten wie z.B.:Siemens in El-Salvador die geheimpolizei mit überwachungsanlagen aus.
Auch sog. wirtschaftsflüchtlinge sind politische flüchtline und haben verdammt nochmal das recht hierher zu kommen.

Wenn die SPD fordert, die fluchtursachen zu bekämpfen, heißt das im klartext, die hauptverantwortlichen für armut,krisen und kriege zu bekämpfen.
Verantwortlcih für armut und hunger sind auch europäische konzerne.

Großverdiener an militärischen krisen und kriegen sind all jene, die waffen und militärisches know-how produzieren,z.B.:daimler-benz in Südafrika,Angola und EX-Jugoslawien,MBB im golf von Arabien,Siemens in El-Salvador sowie alle anderen die kriegsgeröät herstellen und in krisenregionen schmuggeln. Die Deutsche Bank sitzt bei fast allen waffenproduzenten in den aufsichtsräten oder besitzt durch aktien eine sperrminorität und wird
somit zum gröten waffenproduzenten in europa ! !
Flüchtlinge verteidigen heißt:

- die veranwortliche in wirtschaft und politik zu benennen
-alle gestzesveränderungen zu verhindern. die ihnen die flucht und zuflucht noch mehr erschweren
-die geheuchelte betroffenheit und unschuld der politiker zu entlarven
-sich vor wohnheime zu stellen und übergriffe und porome zu verhindern
-neonazis und ihre strukturen zu bekämpfen und sie nach unseren möglichkeiten anzugreifen
-sie im kampf um menscenwürdiges leben zu unterstützen-
Hier und Überall

Tach!

Wir sind sauer. Unser Ärger richtet sich in erster Linie, gegen die "Funktionsweise" des SOS-Rassismus und des Antirassistischen Telefon.
Wir schildern erstmal die Sachlage. Am 7.12.92 gegen 16.30Uhr haben wir beide Telefone über eine seit 14.00Uhr bekannte Veranstaltung der Jungen Union Neukölln informiert, die am selben Abend um 19.00Uhr im Leonardo-da-Vinci-Gymnasium in Berlin 47 (Buckow) stattfindet. Stargast war HEINRICH LUMMER, CDU-Mann der extrem rechten Art, der bereits oft durch rassistische und faschistische Äußerungen aufgefallen ist.
Wir hatten darum gebeten und es wurde uns zugesagt, daß breit mobilisiert werden sollte und auch,daß Leute mobilisiert werden sollten, die in "Asyl-und Ausländerpolitischen" Fragen kompetent seien. Ziel sollte sein, da es sich um eine Propaganda-Veranstaltung vor SchülerInnen handelte, die Veranstaltung zu stören und möglichst viele Inhalte an die SchülerInnen zu vermitteln. Lummer sollte seinen rassistischen Mist nicht sauber vermitteln können.
Wir, eine Gruppe Neulöllner AntifaschistInnen die direkt von der 4.Neuköllner Montagsdemonstration dorthin fuhr, kamen zu spät, etwa 19.45Uhr. Wir, etwa ein Dutzend Menschen, standen schließlich allein vor Ort. Wir waren schlecht vorbereitet und konnten nicht mehr erreichen, als Lummer& Co (JU-ler) stark zu verunsichern, einige Lacher auf unsere Seite zu ziehen, Chaos zu stiften, sowie Respektlosigkeit zu demonstrieren. Irgendwann stellten wir dann fest,daß ein Krawattenträger wild telefonierte woraufhin, wir vorsorglich den Saal verließen.
Wir mußten vor etwa 10 Jublern,10-15 SchülerInnen und 3 Krawatten trägern kapitulieren (die Schlägertypen zählen wir nicht dazu).
Draußen überlegten wir (dank interner Unentschlossenheit) zu lange, wie wir die Veranstaltung beenden könnten, denn sehr bald sahen wir uns einer offensichtlich gekauften Schlägertruppe gegenüber,vor denen wir uns (allein aus Gründen des Kräfteverhältnisses) zurückzogen. Die Bullen ließen auch nicht lange auf sich warten. Im Endeffekt konnten wir froh sein (scheiß Vorbereitung) ohne Prbleme weggekommen zu sein.
Niemand war da, wir waren allein. Wir hätten sicherer und entschlossener handeln können, sahen uns aber nicht in der Lage. Im nachhinein ist Mensch immer schlauer!
Bleibt die Frage:
Warum war außer uns niemand da?
Ist es den Kreuzbergern zu weit?
Ist Marzahn interessanter?
Sind SchülerInnen und ihre Beeinflusung durch Faschisten wie Lummer unwichtig?

Wir sind sauer, auf uns und auf die ach so tolle Mobilisierung, eine Spontandemo auf dem Breiti kann nicht allen Leuten wichtiger sein. Scheiß drauf, vorbei, Kreuzberger, bleibt ruhig weiter Zuhause.

Einige NeuköllnerInnen.

WISSEN, WO DER FEIND STEHT....

In der Interim 219 tauchte ein Bekennerinnenschreiben von Lesben auf, die am 2.12. die Schwarzlichtröhren aus den Klo's im EX "entwendet und mitgenommen" haben. Diese undifferenzierte und vor allem unsolidarische Form der "Auseinandersetzung"(?!) in der momentanen politischen Situation finden wir unglaublich. Ihr fordert alle dazu auf, "diese und andere Aktionen weiterzuführen, bis es im EX und anderswo kein Schwarzlicht, blaulicht, rotlicht,....... mehr gibt." EX = Repression gegen Junks, Bullenkneipe, Puff oder wie? Ihr habt die Feindin/den Feind klar erkannt - herzlichen Glückwunsch!
Ihr scheint nicht mitbekommen zu haben, daß es ein Papier vom EX gibt (Interim 217), in welchem steht, wie wir zur Zeit die Problematik Junk/Heroin in der Kneipe sehen. Ebensowenig interessiert es euch, daß es auf einem EX-Plenum eine längere Diskussion mit einer Frauen/Lesbengruppe gegeben hat. (Wir wissen nicht, ob ihr dabei wart - wäre nochmal ein größerer Hammer, ist es aber so auch schon.) Eurer Ansicht nach hat es "keine Veränderung, noch den Anfang einer Auseinandersetzung gegeben."
Wir finden eure Herangehensweise ignorant und ziemlich zum Kotzen Ihr versucht, einem Projekt auf's Auge zu drücken was darin gefördert/toleriert werden soll und was nicht. Die Verantwortung darüber was es heißen kann, in einem politischen Projekt mit Heroin konfrontiert zu sein , gebt ihr an uns ab und begreift sie anscheinend nicht. Zur Gedächtnisauffrischung ein Satz aus unserem Papier, wo es darum geht, wie wir an die Auseinandersetzung rangehen wollten: " Eine Diskussion um Heroin, Drogen, Drogenmafia, ökonomische Bedeutung des Drogenmarktes, Abhängigkeiten und Umgehensweisen ist sinnvoll und notwendig. Das Thema ist vielschichtig und sollte mit dem Ziel angegangen werden, praktische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln."
Die praktischen Handlungsmöglichkeiten sehen für euch anscheinend so aus, eine ätzende Kleinkriegsebene anzuzetteln - der Rest ist euch egal. Ihr habt keine Ansätze zu bieten, wie die Linke Szene insgesamt damit umgehen könnte. Es gibt unserer Ansicht nach zur Zeit keine breiter diskutierte Umgangsform mit Heroin und Junks und somit auch keine Basis, ausschließlich im EX eine Vermischung von Junkräumen, politischem Projekt und Wärmestube durchzusetzen. Wir werden nicht der Testballon sein! Es ist leicht, zu fordern: "ihr müßt das so und so machen" und sich einen Dreck dafür zu interessieren, wie der Rahmen, in dem das Ganze stattfinden soll, aussieht und ob die Leute die den Rahmen erstmal stellen , das leisten können und wollen.
Wo die Grenzen dessen sind, was in der Kneipe machbar und für uns zu verantworten ist, diskutieren wir innerhalb des Kollektivs und die Entscheidung für das Schwarzlicht hat verdammt nochmal Gründe. Anregungen und solidarische Kritik finden wir wichtig, aber ihr attackiert das EX, völlig losgelöst vom Umgang der politischen Szene (als deren Teil wir uns begreifen) mit dem Thema. Das bringt uns keinen Schritt weiter!

soweit -soschlecht

das EX

übrigens: Einerseits wollten wir auf diese Art der Provokation nicht unbedingt eingehen. Andererseits scheint es wichtig zu sein, die Auseinandersetzung nochmal ans Licht der Öffentlichkeit zu zeren, da es hier um keine Privatsache geht und wir die Kröte nicht alleine schlucken wollen.
Wir haben mitbekommen, daß in den letzten Wochen viel,auch heftige, Diskussionen über das Thema stattgefunden haben. Da wir wirklich keine Lust auf die (schon zu weit geführte) Schlammschlacht haben, fänden wir es begrüßenswert wenn sich auch mal andere dazu äußern würden, wie ein sinnvoller Umgang mit Heroin, Junk,usw. aussehen könnte.



Katholikenproblem lösen!

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholiken. Im Gegenteil, jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen. Wir wehren uns nur dagegen, daß wir Hessen durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren.

Leider ist es den meisten Katholiken aufgrund ihrer fundamentalistischen Einstellung bisher nicht gelungen, ihre naturreligiöse Vorstellung von Sexualität, nach der sexuelle Handlungen nur zum Zwecke der Fortpflanzung ausgeübt werden dürfen, abzulegen. Das führt dazu, daß diese Bevölkerungsgruppe, die wir einst als Gäste in unser Land riefen, sich hier vermehren wie die Karnickel in der Geest. Sind es nicht jene Katholiken, die durch ihre beharrliche Ablehnung jeder Form von Empfängnisverhütung in erheblichem Umfang zur Verschärfung von Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigetragen haben und damit die Stabilität der D-Mark in Gefahr bringen?

Nach Untersuchungen des Landeskriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,47 Prozent aller bayerischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht schon deutlich, daß der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem Hessen eine Minderheit dar, doch alleine in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22 Prozent auf 157.000 erhöht. Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst soweit kommen, daß sich keine hessische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?

Nach wie vor stehen eine Vielzahl der religiösen Rituale der Katholiken im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die katholische Kirche ihren Priestern kategorisch die Eheschließung und Familiengründung.

Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es den Frauen in der katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden.

Muß es erst soweit kommen, daß der Erzbischof von Köln die Macht an sich reißt, um das Grundgesetz außer Kraft zu setzen und seinen sogenannten Gottesstaat ohne demokratische Legitimation zu errichten?

Besonders besorgniserregend ist für Fachleute die Tatsache, daß zwischen der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1961 und dem Anstieg der Katholikenzahl in Hessen direkte Zusammenhänge vermutet werden können. Hier ruhen sich Katholiken ganz offensichtlich in der Hängematte unseres Wohlfahrtsstaates aus. Zwar sind wir noch eines der reichsten Länder dieser Erde, aber wie lange können wir uns diesen Mißbrauch durch die Katholiken noch leisten?

Bereits jetzt sind die negativen Einflüsse der Katholiken auf die deutsche Wirtschaft erkennbar.

Die hohe Anzahl ihrer religiösen Feiertage führt zu Produktionseinbußen in Milliardenhöhe. Dies hat die Konkurrenzfähigkeit z.B. zur japanischen Industrie, in der so gut wie keine Katholiken arbeiten, erheblich beeinträchtigt. Muß die deutsche Wirtschaft erst völlig am Boden liegen, bis die Katholikenflut eingedämmt wird?

Die Katholiken haben einen eigenen Staat, eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, geschieht dies in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen?

Nein, wir können das Katholikenproblem dieser Welt nicht alleine lösen und die zunehmende Katholikenfeindlichkeit in Hessen erfordert sofortiges Eingreifen und Handeln.

Wir schlagen deshalb vor:

Abweisung aller Katholiken an den Grenzen Hessens!

Sofortige Abschiebung aller kriminellen Katholiken in den Vatikan!

Erteilung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung für Katholiken nur bei Nachweis eines Arbeitsplatzes!

Abschaffung des Wahlrechts für Katholiken!

Ausweisung aller Katholiken bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit!

Unterbringung aller Katholiken in Gemeinschaftsunterkünften!

Ausweisung aller Katholiken bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten!

DAS BOOT IST VOLL! STOPPT DIE KATHOLIKENFLUT!

Projekt Weglaufhaus im Wedding

Seit über fünf Jahren versuchen wir, der "Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V." in Berlin das "Weglaufhaus" für Psychiatriebetroffene politisch durchzusetzen - aber geschafft haben wir es immer noch nicht. Inzwischen haben wir schon über ein Jahr unser Quartier im Weddinger Rat & Tat Statdtteilladen in der Liebenwalder Straße. Ein Weglaufhaus ist - angelehnt an die Arbeit von Frauenhäusern und an bereits existierende Weglaufhäuser in Holland - eine Zufluchtsstätte für Menschen, die psychiatrische Behandlungsmethoden ablehnen, aber nicht wissen, wo sie wohnen können. Wie stellen wir uns das genauer vor?

Warum wir antipsychiatrisch arbeiten

Wir verstehen uns als eine antipsychiatrische Gruppe, weil wir auf einer grundsätzlichen Kritik der Menschenbehandlung in psychiatrischen Einrichtungen bestehen. Die psychiatrische Diagnostik und die Behandlungsmethoden - besonders die Zwangsbehandlung mit sog. antipsychotischen Drogen, den "Neuroleptika" - sehen wir als Gewalt und als eine Verletzung von Menschenrechten an. Deshalb verzichten wir auch nicht auf das politische Ziel, die Psychiatrie als gesellschaftliche Normalisierungsinstitution abzuschaffen. Jeder weiß, daß die gesellschaftliche Realität von diesem Ziel weit entfernt ist. Die antipsychiatrische Befreiungsbewegung liegt darnieder, Hundertausende von Menschen werden jedes Jahr mit psychiatrischen Diagnosen etikettiert, die Anwendung von Psychodrogen wächst und Hunderte von Millionen Mark werden in den Ausbau der psychiatrischen Institutionen gepumpt. Trotz alledem - wir wollen versuchen, eine Alternative nicht nur politisch zu erkämpfen, sondern sie zu leben. Unsere eigene Erfahrung mit Verrücktheit, Psychiatrisierung, Weglaufen und Selbsthilfe zeigt uns, wie schwer es ist, radikalen Widerstand gegen die herrschende Normalität so durchzusetzen, daß auch finanziell einige Brosamen für uns abfallen. Unser Verein und das Weglaufhaus soll eine Chance zur gemeinsamen Organisation sein: Selbsthilfe statt bevormundendes ExpertInnenwissen! Wir wollen für die am meisten Not leidenden, für diejenigen, die im Zuge ihrer Psychiatrisierung obdachlos geworden sind, einen betreuten Schutzraum schaffen und dort Möglichkeiten für ein Leben ohne Psychopharmaka anbieten.

Staatsknete statt Freizeitarbeit

Die bisherige Arbeit war ein ständiges Auf und Ab im Ringen um die Finanzierung des Projekts. Nach ersten Konzeptionsarbeiten und ergebnislosen Förderanträgen stellte uns 1988 ein Berliner Bürger überraschend 1 Million DM in Aussicht! Die Finazierungsverhandlungen schienen 1990 fast von Erfolg gekrönt, aber nach dem Beginn der SPD/CDU-Koalition wurde die Zusage 1991 aus politischen Gründen zurückgezogen. Das Gefühl, es schaffen zu können haben wir trotzdem nicht verloren - auch durch die Unterstützung von kritischen WissenschaftlerInnen aus aller Welt. Wir gehen nun einen neuen Finanzierungsweg, und versuchen, die Berliner Senatsverwaltung zu einer Kostenübernahmevereinbarung für eine Tagessatzfinanzierung über die Sozialämter auf der Grundlage des § 72 des Bundessozialhilfegesetzes ("Hilfe in besonderen sozialen Schwierigkeiten") zu bewegen, obwohl durch die abzusehende Bürokratisierung die Gefahr konzeptioneller Kompromisse besteht.

Unterstützung ohne Psychopharmaka

Inhaltlich gesehen hat das Projekt nicht bei Null angefangen. Wir können von den Erfahrungen der Selbsthilfegruppen (Z.B. der "Irrenoffensive" in Berlin oder des SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln), der Psychiatriebeschwerdezentren und auch von den Erfahrungen der psychopharmakakritischen Projekte im Ausland profitieren. 1989 fuhr Uta Wehde dann nach Holland, um eines der acht holländischen Weglaufhäuser näher unter die Lupe zu nehmen und schrieb über ihre Erfahrungen ein Buch. Auf dem Hintergrund dieses Wissens Wissen wünschen wir uns für die Arbeit im Haus undogmatische und konfliktfähige Menschen, die eigene Erfahrungen mit Verrücktheit und/oder Psychiatrisierung bewältigt haben, Kenntnisse über die Wirkung und den Entzug von Psychopharmaka besitzen und das Selbstbestimmungrecht der Betroffenen respektieren.

Wie ein Aufenthalt im Weglaufhaus aussehen könnte

1. *Ankunft*

Die zur Verfügung stehende - derzeit vermietete - Villa liegt am nördlichen Stadtrand Berlins in guter Wohnlage, bietet Platz für elf Menschen und hat einen Garten. Aufgenommen werden nur Menschen, die aus eigenem Entschluß aus der Anstalt geflüchtet sind, nicht wegen Straftaten untergebracht waren, nicht von anderen starken Suchtmitteln als Psychopharmaka abhängig sind, diese absetzen wollen, und nicht wissen, wo sie sonst unterkommen können.

2. *Aufenthalt*

In den ersten Tagen wird die Kostenübernahme des Tagessatzes in Höhe von ca. 150 DM beim Sozialamt beantragt. Alle Assistenzangebote sind freiwillig, um individuelle Tagesabläufe zu ermöglichen. Die Organisation des Haushalts wird von den BewohnerInnen eigenverantwortlich betrieben. Sind die neuen BewohnerInnen mit Neuroleptika behandelt worden, wird die Entgiftung schrittweise und fachkundig durchgeführt. Im Weglaufhaus werden keine Psychotherapieverfahren angeboten, aber wenn gewünscht vermittelt.

3. *Abschied*

Vorgesehen ist eine durchschnittliche Verweildauer von 6 Monaten. Ist die Entgiftung abgeschlossen, und sind die bürgerlichen Rechte wiedererlangt, ist angesichts der Wohnungsnot die Suche nach preiswertem langfristigen Wohnraum wahrscheinlich das größte Problem. Ein Grund zum vorzeitigen Abschied ist die Anwendung von Gewalt.

Aussichten

Um die Möglichkeiten eines Weglaufhauses zu erproben brauchen wir eine gesicherte Arbeitsatmosphäre, sprich Geld. In erster Linie stehen wir dabei vor einem politischem Problem, denn die zuständige Senatsverwaltung blockte bislang alle Versuche ab. Um die nötigsten Vorarbeiten erledigen zu können, sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Wir möchten uns an dieser Stelle auch bei der Ladengruppe vom Rat & Tat, die uns großzügig ihre Räume in der Liebenwalder Straße bedanken zur Verfügung stellt.

Wer nun vielleicht Lust bekommen hat, regelmäßig ehrenamtlich bei uns mitzuarbeiten, soll doch einfach mal Freitag abends ab 18.00 Uhr vorbeikommen. Für diejenigen die dazu keine Zeit haben, besteht trotzdem eine Möglichkeit, uns zu unterstützen: Jedermann und -frau kann "Pate" oder "Patin" des Weglaufhauses werden, also monatlich einen Betrag ab 20 DM mit sofortiger Wirkung, oder erst wenn das Haus eröffnet ist, spenden. Die Spenden sind steuerlich absetzbar, und die SpenderInnen werden über den Verlauf der Projektarbeit informiert.

Anschrift: ***Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt***
Liebenwalderstr. 16
1000 Berlin 65
Tel.: 455 444 40

Spendenkonten: ***Sparkasse der Stadt Berlin,Kto.Nr.: 1150018450***
(BLZ 100 500 00)
Postgiroamt Berlin, Kto.Nr.: 311443-104
(BLZ 100 00 00)

NOCH IMMER 21 LEUTE IM KNAST IN LEIPZIG

ERLÄUTRUNGEN ZU DEN AUSEINANDERSETZUNGEN IN LEIPZIG-CONNEWITZ IN DER NACHT VOM 27.11 ZUM 28.11.92

Die mangelhafte, falsche oder auch vollständig unterbliebene Berichterstattung durch die Medien macht es notwendig, daß wir andere Mittel nutzen müssen, die Öffentlichkeit zu informieren.

Kurze Beschreibung der Vorfälle :

-In der Nacht vom 27.11 zum 28.11.92 kam es in Leipzig im Stadtteil Connewitz zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei ein 17-jähriger schwer verletzt wurde und zwar durch die, von einer Polizistin abgegebenen "Warnschüsse" !

-Gegen die darauffolgende spontane Protestaktion von ca. 150 Jugendlichen wurde von 360 Polizisten aus den Bezirken Leipzig, Dresden, Chemnitz und Halle unter brutalem Einsatz von Tränen-u. Nebelgasgranaten, 2 Wasserwerfern sowie Schlagstöcken massiv vorgegangen.

-Bei dieser Polizeiaktion kam es zu äußerster Brutalität gegen Demonstranten, bereits in Gewahrsam Genommene als auch gegen Unbeteiligte. Selbst Erste-Hilfe-Leistung durch Unbeteiligte wurde brutal unterbunden.

-Das Ende der Aktion gipfelte in der Erstürmung des städtisch geförderten Jugendzentrums "Zoro" durch die Polizei, wobei die Besucher der Einrichtung aus dem Haus geprügelt und danach zu einem Spießrutenlauf durch PolizistInnenknüppel gezwungen wurden.

- Im Anschluß an die Räumung zerstörten PolizistInnen willkürlich einen Großteil der Einrichtungsgegenstände des "Zoro".

Im Gegensatz zum tatsächlichen Verlauf der Geschehnisse berichteten die überregionalen Medien wieder einmal durch Verkehrungen der Realität.
Wurde anfangs von "Warnschüssen" gesprochen, hieß es später, die Polizistin habe aus Notwehr auf den Siebzehnjährigen geschossen.
Ebenso wurde die Täter - Opfer - Darstellung verkehrt. Die Polizei erscheint wieder einmal sich gewalttätiger Jugendlicher erwehren zu müssen, während diese, wie es glaubhaft gemacht werden soll, einfach nur Terror auf den Staat ausüben wollen.
Diese Polizeiaktion paßt natürlich ins gegenwärtige Bild, wo Gewalt von links und rechts in einen Topf geworfen wird , und die einzige Folgerung ist, daß der Staat vorgibt, härtere Maßnahmen gegen das "allgemein steigende Gewaltpotential" von links und rechts zu ergreifen.
Eine wunderbare Rechtfertigung!
Aber wo ist die Polizei so schnell und massiv vor Ort, wenn EmigrantInnenheime oder EmigrantInnen selbst angegriffen werden?

Zurück nach Leipzig und den Hintergründen.
Wissenswert ist, daß die sta(a)ttgefundene Aktion durch ein politisches Vorspiel langfristig vorbereitet war, bspw. durch den vor einigen Wochen im Stadtparlament ergangenen

Räumungsantrag der CDU - Fraktion, der zwar vorerst zurückgewiesen wurde, jedoch wieder an Aktualität gewinnt, da die BewohnerInnen und BetreiberInnen der Wohn- und Kulturprojekte Connewitz nun als Kriminelle und Chaoten abgestempelt werden können. Somit kann die Umstrukturierung und Kommerzialisierung des Stadtteils beginnen!.
Die brachiale Reaktion der Polizei auf einen Sachverhalt, der unter normalen Umständen einzig ein Ermittlungsverfahren nach sich gezogen hätte, ist ein Beweis für langfristig geplantes Vorgehen zur Durchsetzung der staatlichen Interessen.

Im Moment sieht es so aus, daß von den am 28.11. 92 **dreiundvierzig** Inhaftierten heute, am 3.12. 92, noch **einundzwanzig,** zum Großteil unter achtzehn Jahre, im Knast sitzt und zwar aus fadenscheinigen Gründen, wie: Widerstand gegen Vollzugsbeamte, Sachbeschädigung sowie schweren Landfriedensbruch, wobei keinem eine individuelle Tatbeteiligung (außer einer möglichen optischen Zuordnung zu einer bestimmten Szene) nachgewiesen worden ist und völlige Unklarheit darüber herrscht, warum die Leute nicht entlassen werden.
Außerdem werden Haftprüfungstermine angesetzt und ohne nähere Angaben der Gründe wieder fallengelassen.
Des weiteren werden die Leute im Knast von ebenfalls inhaftierten Faschos bedroht und teils mißhandelt, was von den Vollzugsbeamten absichtlich ignoriert wird, wie mehrfach von bereits Entlassenen berichtet wird.

Auch der Staatsschutz mischt bei diesen "rechtsstaatlichen Maßnahmen" mit und setzt Leute unter Druck, indem er Haftentlassung anbietet und im Gegenzug detaillierte Infos aus der s.g. Szene erwartet. Ein Vergleich zu bekannten Praktiken der IM - Anwerbung drängt sich hier geradezu auf.

WIR FORDERN DIE FREILASSUNG ALLER IN DIESEM ZUSAMMENHANG INHAFTIERTEN!

SPENDET FÜR DIE INHAFTIERTEN, UM DIE RECHTSHILFE ZU FINANZIEREN!

SPENDENKONTO:
BAYRISCHE VEREINSBANK
KONTOINH. MIRCO RAHM
KENNWORT: CONNEWITZ
KONTONR.: 454 25 33
BLZ: 860 200 86

KONTAKTADRESSE:
CONNER - ISLAND
COBURGER STRASSE 3
O - 7030 LEIPZIG

TEL: 0341 / 31 10 44

V.i.S.d.P.: Der Asteroid

FESTUNG BRD

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Asylverfahren, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, wurde eine drastische Beschleunigung der Asylverfahren beschlossen. Von vornherein sollen die meisten Asylanträge vom herkömmlichen Asylverfahren ausgeschlossen und in Schnellverfahren abgefertigt werden. Flüchtlinge, deren Anträge als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt sind, sollen nach spätestens sechs Wochen abgeschoben werden.

Schnellverfahren

Das "Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" trifft seine negative Entscheidung innerhalb von zwei Wochen. Für die Rechtsmittelfrist, die Klage gegen den Ablehnungsbescheid bleibt den Leuten nur noch eine Woche. Später eingereichte Beweise werden nicht mehr berücksichtigt.Für ein dann folgendes gerichtliches Eilverfahren sind zwei Wochen angesetzt. In der sechsten Woche wird abgeschoben.

Artikel 16

Am 7.12.92 haben sich CDU/CSU/FDP/SPD auf eine Änderung des Art. 16 Grundgesetz geeinigt, die jetzt nur noch vom Bundestag/Bundesrat abgesegnet wrden muß. Nach dieser neuen Ergänzung des Art. 16 soll es keinem Flüchtling mehr gelingen, in der BRD einen Asylantrag stellen zu können,
Entweder wird ihr/sein Antrag als "offensichtlich unbegründet" im Schnellverfahren abgelehnt."Offensichtlich unbegründet" ist ein Antrag z. B. dann, wenn der Flüchtling aus einem Land kommt, in dem es nach Definition der BRD keine politische Verfolgung geben kann.Für die BRD-Bürokratie wird es dann Länderlisten geben, auf der alle als verfolgungsfrei definierten Länder stehen. Damit sind die juristischen Probleme betreffs der bereits beschlossenen Schnellverfahren durch den 16a aus dem Weg geräumt."Offensichtlich unbegründet" ist ein Antrag z.B. auch dann, wenn ein Flüchtling ihrer/seiner Mitwirkungspflicht nicht nachkommt", weil sie/er keine Ausweise besitzen.
-Oder aber sie/er wird sofort abgeschoben, da sie/er noch nicht einmal das Recht hat einen Asylantrag zu stellen, wenn sie/er über einen sogenannten Drittstaat eingereist ist.(Staaten, die die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben). Die BRD ist von solchen Staaten umgeben, und da, wo sich etwaige Lücken ergeben, macht die BRD bilaterale Verträge wie z.B. mit Polen un der CSFR. Damit ist juristisch abgesichert, daß z.B. osteuropäische MigrantInnen, dieüber Polen in die BRD gekommen sind, nach Polen abgeschoben werden können.
Diese Abschiebepolitik erreichte bislang ihren Höhepunkt mit dem Deportationsabkommen für Roma mit Rumänien, das am 1.11.92 in Kraft trat, und auf dessen Grundlage vor kurzem 113 Leute, vor allem Roma, in einer eigens dafür gecharterten Maschine vom Flughafen Berlin-Schönefeld nach Bukarest abgeschoben wurden.

EG-Binnenmarkt

Die faktische Abschaffung des Artikel 16 war nach dem im Juli 86 abgeschlossenen Schengener Abkommen und der Asylkonvention vom Juni 1991 ohnehin schon längst fällig: Der Asylantrag muß in dem Land gestellt werden, in das der Flüchtling zuerst eingereist ist.

Die augenblicklichen Beratungen der TREVI-Gruppe kurz vor dem EG-Gipfel in Edinburgh am 11./12. Dezember zeigen jedoch, daß die

soviel beschworene Vereinheitlichung der Abschottungspolitik nicht so einfach durchzusetzen ist.
Die Forderung der BRD-Regierung nach einer Quotenregelung, um vor allem Flüchtlinge aus Osteuropa auf alle Länder der EG zu verteilen, lehnten die anderen Staaten mit der Begründung ab, daß die Flüchtlinge möglichst dicht an ihren Herkunftsländern bleiben sollten.
Flüchtlinge aus Asien und Afrika sollen grundsätzlich nicht mehr nach Europa gelangen können. Auch die französiche Regierung steht in Verhandlungen mit den Maghrebstaaten über Deportationsabkommen.
Auf jeden Fall fand eine Einigung statt hinsichtlich der Aufstellung von Kriterien, die es ermöglichen sollen, die Kriterien für "offensichtlich unbegründete Anträge" zu vereinheitlichen und Schnellverfahren durchführen zu können.

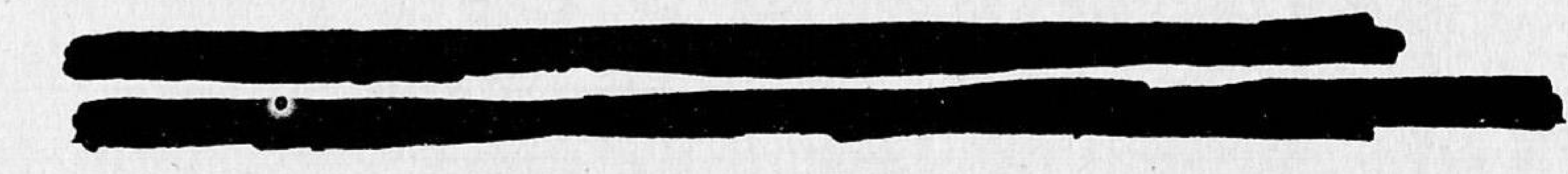
Schnellverfahren und Massenabschiebung in Berlin

Zur Durchführung der Schnellverfahren werden weitere zentrale Sammellager eingerichtet, in denen die zuständigen Ämter zentralisiert werden sollen. Die Flüchtlinge müssen sich in diesen Lagern permanent "verfügbar halten" und die "offensichtlich unbegründeten"werden herausgefiltert und abgeschoben.
Zum Zweck der lückenlose Kontrolle können die Flüchtlinge nur mit einem computerlesbaren Ausweis das Lager verlassen. Sozialhilfe oder Geld soll es künftig nicht mehr geben,sondern nur noch Sachmittel. Von ärztlicher Versorgung nicht die Rede.

In Berlin wird die Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (ZAA) in dem bisherigen "Durchgangsheim"für Flüchtlinge in der Streitstraße in Spandau eingerichtet. Angegliedert wird ein Sammellager für 500 Flüchtlinge. Zwei schon bestehende Sammellager in Reinickendorf für 650 bzw. 336 Flüchtlinge werden in die ZAA integriert.
Ab dem 1. April 1993 werden folgende Sammellager (eines wird das Deutsche Rote Kreuz, zwei werden private Firmen betreiben), als wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der Schnellverfahren funktions- und abschiebebereit sein:

-Streitstraße 5, 1000 Berlin 20
-Berliner Straße 26, 1000 Berlin 27
-Kiefheider Weg 68, 1000 Berlin 28

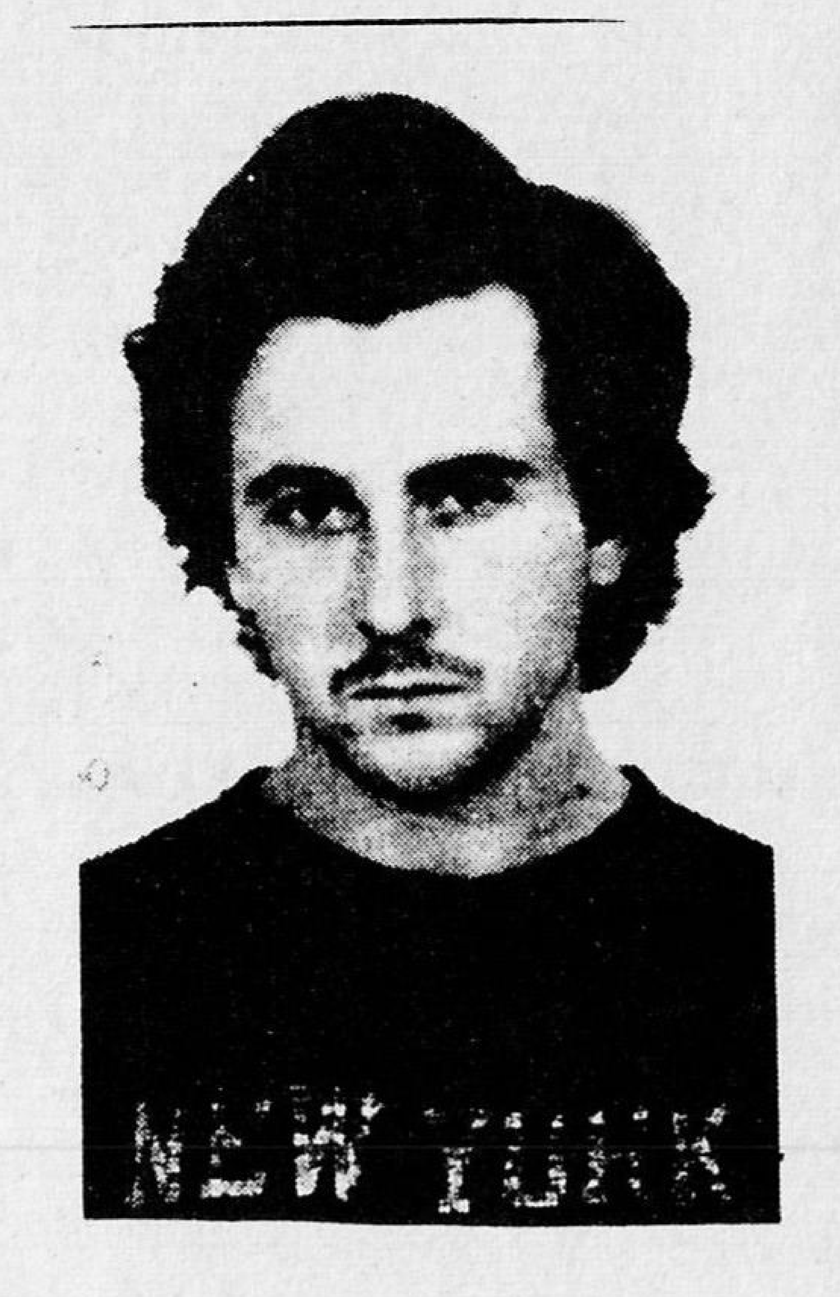
Für Flüchtlinge unter 18 Jahren werden das weiterhin sein:



In der ZAA wird eine Außenstelle des "Bundesamtes für ausländische Flüchtlinge" eingerichtet, die jetzt allein, unabhängig von der Ausländerbehörde, über die Anträge entscheidet. Die Ausländerbehörde ist dann "nur noch" für die Ausführung der Abschiebungen zuständig.

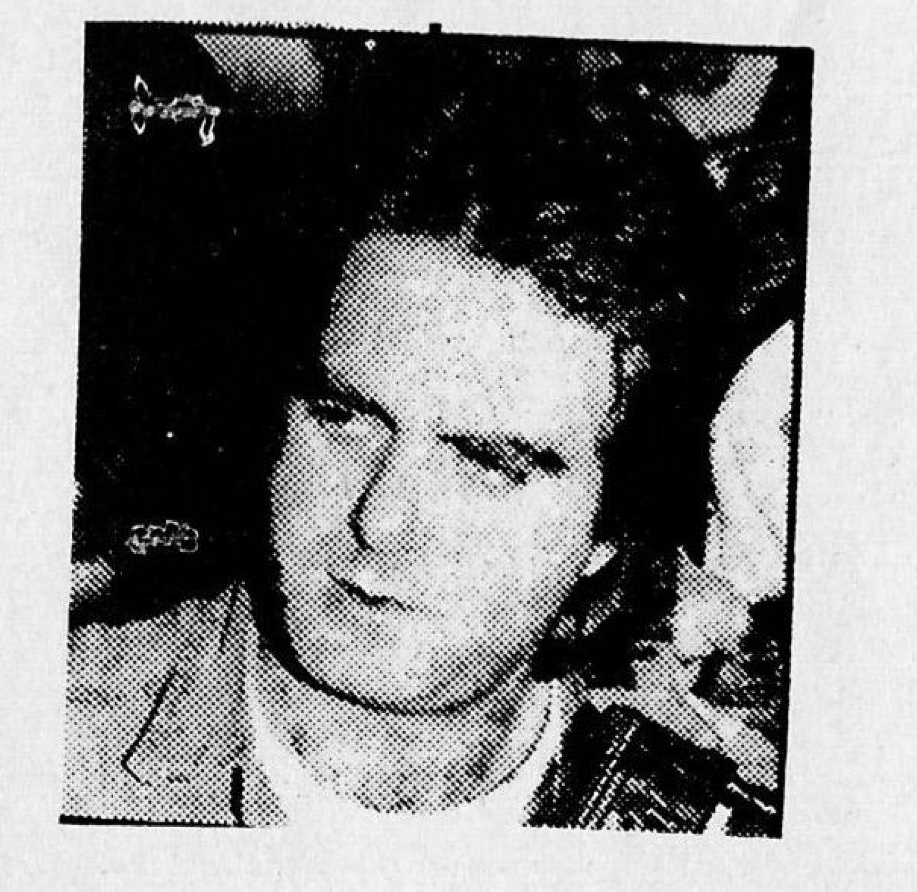
000
+++

Am Mittwoch den 2.12 wurden in Athen zwei Männer und eine Frau verhaftet, Jiorgos Balafas, Wasiliki Michu und Andreas Kiriakopulos.Jiorgos Balafas wird vorgeworfen:
-Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung /Gruppe von mehr als zwei Personen,mit dem Ziel Menschen zu ermorden bzw. Waffen zu nutzen um Menschen und Sachen anzugreifen.
-Verkauf und Besitz von Drogen
-Waffenbau, Beschaffung und Vertrieb an verschiedene Organisationen
-Unterstützung einer terroristischen Vereinigung
-illegale Geschäfte mit Drogen
-Besitz und Betrieb eines illegalen Radiosenders
-Besitz von falschen bzw. illegal beschaffenen Dokumenten
-Autodiebstahl





Wasiliki Michu und Andreas Kiriakopulos werden Unterstützung und Besitz von falschen Dokumenten vorgeworfen. Konkret geht es den Bullen darum ,Jiorgos Balafas verschiedene Aktionen reinzudrücken:
-Beteiligung an der Erschießung des Staatsanwaltes Theofanopulu im April 85. Die Verantwortung übernahm die Organisation "Kampf gegen den Staat"1*
-Beteiligung an eine Schießerei in Gizi,wobei drei Bullen erschoßen worden sind und ein Freund (und angeblicher Helfer von Balafas) erschoßen worden ist (Christos tsutsuvis) Mai 85
-Beteiligung an einer Schießerei in Kalogrezas, wo der angebliche Chef der Gruppe "Kampf gegen den Staat" Michalis Prekas ermordet worden ist ,Oktober 87. Damals wurden zwei Männer verhaftet und wieder freigelassen.
-Beteiligung an einem Anschlag in Exarchia, für den Kiriakos Mavrokopos schon verurteilt worden ist,Nov. 90
-Beteiligung an einem Anschlag in Sepolia Nov 86
-Beteiligung an einen Überfall auf einen Geldboten einer Bank in Galatsi ,Mai 86
-Teilnahme an Angriffen gegen ein Bullenpräsidium von 17.November und "Revolutionären Widerstand"
-Beteiligung an der Erschießung eines CIA-Agenten in Athen im Dez. 75



Balafas wird seit sieben Jahren von den Bullen gesucht und ist in der griechischen Presse als "Top Terrorist" aufgebaut worden.Es gab immer wieder Geschichten und Gerüchte um seine Person.Die konservative Regierungspartei Nea Demokratia hat 1989 behauptet daß es Kontakte zwischen Balafas bzw. 17. November und derssozialliberalen Pasok gab.Laut Bullen sind Teile der Akten verbrannt was wiederum Anlass von Spekulationen ist,ob die Bullen Informationen zurückhalten oder ob sie noch eine Reihe von Verhaftungen vorbereiten.
Die drei Verhafteten sind monatelang observiert worden und mit einem riesigen Bullenaufgebot bei einem Fest festgenommen worden.Angeblich ist ein Versteck mit Waffen, Handgranaten,falschen Papieren,und Drogen gefunden worden und ein Auto mit falschem Nummernschild Im griechischen Fernsehen gab es kurz nach den Verhaf-



tungen einen Skandal.Der Bullenpräsident und ein oberer General stritten sich öffentlich was nun genau gefunden sei und was nicht, wer wen hätte zuerst informieren müssen usw. Anschließend trat der Innenminister auf und entschuldigte sich öffentlich, dabei nahm er einige Informationen über die Anzahl der Waffen die gefunden worden sein sollen, zurück.
Auch in der Presse machten sich die Bullen lächerlich als sich die angeblichen blutrünstigen Wachhunde vor Balafas Haus, als "Schäfchen" entpuppten.
Balafas selbst hat bei der Vernehmung ,genauso wie seine Mitgefagennen keine Aussagen gemacht.
Allerdings hat es eine kurze Presseerklärung abgegeben:
"Die Konstrukte, die die Bullen die letzten Jahre immer wieder bastelten, haben jetzt ihren Höhepunkt erreicht.
Die Presse hat auch Ihren teil dazu getan"mich als den 'gefährlichsten und unberechenbarsten Terroristen Griechenlands" aufzubauen.Die Bullen,die mir die ganze Zeit Waffen und Sprengstoff andichten, haben jetzt noch Drogen dazu erfunden.
Ich habe bis heute keinen Menschen umgebracht oder verletzt.Ich fordere Jeden auf gegen diese Konstrukte öffentlich anzugehen.
Ich habe mich den Bullen entzogen,wiel ich nicht opfer ihres sog. "Anti-Terror Kampfes" werden wollte.Die Bullen lügen heute wie damals,den meine Gesinnung undmeine Art zu leben sind radikal gegen das bestehende System und seinen Werten,und so denken viele!
Das macht uns für sie gefährlich, hat aber mit diesen Anklagepunkten nichts zu tun.
Die Menschen,die mit mir verhaftet worden sind, sind meine persönlichen Freunde und wurden nur verhaftet um die Anzahl der Gefangenen aus der "Gruppe"zu erhöhen.
Wehrt euch gegen die vom ausländischen Kapital bezahlten und gegen das Volk gerichtete Regierung die versucht, ein "Antiterrorprogramm" zu schaffen, was die gesamte griechische Gesellschaft angreift.
Gegen die Lügen, die Wahrheit wird siegen!
ich werde in kürze mich genauer zu den einzelnen Anklagepunkten äußern."
Die drei Gefangenen sind sehr lange verhört worden und werden sehr streng bewacht.Verwante und Freunde belagerten immer wieder die Staatsanwaltschaft.
Kurz vor den Verhaftungen war der 17. November auch wieder aktiv, sie sprengten ein Finanzamt in Athen in die Luft,kurz nachdem die konservative Regierung eine Steuererhöhung angekündigt hat.

zu *1 die gruppe "Kampf gegen den Staat" nennt sich heute"Kommando 1 mai"



Ein Alarm hat es schwer,

wenn er seit Jahren zum Alltag gehört. Neun Jahre lang haben wir die Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll in das "Zwischenlager" in Gorleben erfolgreich verhindert. Deshalb wiegen sich viele von uns in Sicherheit.

Die Betreiber glauben, jetzt eine günstige Gelegenheit zu haben. Sie wollen den CASTOR-Behälter möglichst noch in diesem Jahr nach Gorleben bringen. Dabei setzen sie auf die Trägheit des Widerstandes und sie freuen sich darauf, die niedersächsische rot/grüne Landesregierung in Verlegenheit zu bringen.

Jeden Tag gibt es neue und genauere Informationen über den anstehenden CASTOR-Transport ins "Zwischenlager" Gorleben. Mit diesem Infodienst wollen wir die Gruppen und Einzelpersonen in der ganzen Bundesrepublik, die sich an der Beobachtung des Transports und an den Aktionen gegen den Transport beteiligen wollen, immer auf dem neuesten Stand halten. Wenn wir es arbeitsmäßig schaffen, wird der **CASTOR-INFODIENST** wöchentlich erscheinen.

Neun Jahre haben wir es geschafft, die Einlagerung von hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen in das Gorlebener "Zwischenlager" zu verhindern. Mehrmals stand der erste CASTOR kurz bevor. Jedesmal konnte der Transport gestoppt werden, bevor er überhaupt losfuhr.

Dies ist auch diesmal unser Ziel. Was wir allerdings wissen müssen: Juristisch und Genehmigungstechnisch (wie in den vergangenen Jahren) ist diesmal kaum noch was zu verhindern. Auch die rot-grüne Landesregierung in Hannover hat (wie erwartet) erklärt, daß sie den Transport nicht aufhalten kann. Das Innenministerium bereitet seit Wochen den Polizeieinsatz vor.

Das einzige Mittel, um die Einlagerung zu verhindern ist die Ankündigung unseres massiven Widerstands. Wir müssen dafür sorgen, daß der Transport politisch nicht mehr durchsetzbar ist.

...IM DEZEMBER...

Eines der Hauptprobleme der letzten Wochen war, daß es zwar immer wieder Gerüchte über einen bevorstehenden CASTOR-Transport gab, jedoch niemand sagen konnte, wann es denn nun wirklich soweit sei. Das lag hauptsächlich daran, daß auch die "Zwischenlager"-Betreiberfirma BLG und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Termin noch nicht klarhatten.

Es fehlte die ganze Zeit ein Gutachten der Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin über eine Schweißnaht des Zusatzdeckels, der zum Einsatz kommt, wenn einer der zwei CASTOR-Deckel während der Lagerung undicht wird.

Mittwoch, 2. Dezember 1992

Brennstäbe im Dezember nach Gorleben

dpa **Hannover.** Möglicherweise noch im Dezember sollen erstmals abgebrannte Brennstäbe aus einem Atomkraftwerk in das **Zwischenlager** im niedersächsischen Gorleben transportiert werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz wird die Transportgenehmigung nach den Worten des Staatssekretärs im Bundesumweltministerium, Clemens Stroetmann (CDU), in wenigen Tagen erteilen. Einen Termin für den Transport wollte er nicht nennen. Es sollten nicht mutwillig die Chancen für eine Störung des Transports vergrößert werden, sagte der Staatssekretär gestern in Hannover.

Dieses Gutachten liegt nun seit ein paar Tagen vor. Damit sind die Genehmigungsunterlagen fast vollständig. Was jetzt noch fehlt liegt beim Bundesamt für Strahlenschutz. Das BfS geht davon aus, die Unterlagen schon sehr bald soweit zu haben, daß der Transport rollen kann. Die rot/grüne niedersächsische Landesregierung ist an diesem Verfahren nicht beteiligt.

In der letzten Woche wurde öfters (auch in Zeitungsartikeln der FR und der Süddeutschen Zeitung) der Januar als möglicher Termin genannt. Dabei wurde allerdings davon ausgegangen, daß das Deckel-Gutachten noch einige Wochen braucht.

Jetzt geht die Sache um einiges schneller. Wir rechnen mit dem CASTOR in den zwei Wochen vor Weihnachten.

Natürlich wünschen wir uns, daß es uns gelingt, die Einlagerung zu verzögern. Zuerst bis Januar, dann vielleicht bis zum nächsten Herbst und so weiter... Jetzt müssen wir uns aber auf Mitte Dezember einrichten.

Dies macht auch die Polizei, die sowohl am CASTOR-Verladekran in Dannenberg, wo der Behälter von der Schiene auf einen Spezial-LKW-Hänger verladen werden kann, als auch auf dem Gelände des Gorlebener "Zwischenlagers" in der Nähe des Haupttors jeweils einen LKW mit einem hohen Mast mit einer Videokamera auf der Spitze aufgebaut hat. Begründet wird diese Maßnahme mit der nötigen Beweissicherung bei den anstehenden Aktionen.

Wir bitten alle Menschen, die sich gegen den CASTOR-Transport engagieren wollen, schon jetzt so zu planen, daß sie in den Wochen vor Weihnachten Zeit für eine kleine Reise ins Wendland haben.

...AUS GUNDREMMINGEN

Nachdem in den letzten Jahren zuerst Stade und dann Biblis als das AKW ausgesucht wurde, aus dem der erste CASTOR nach Gorleben fahren soll, mehrten sich in den letzten Monaten die Gerüchte, daß diesmal der Versuch aus dem bayerischen AKW Gundremmingen (zwischen Ulm und Augsburg) gemacht wird.

Inzwischen sind es keine Gerüchte mehr. Originaltöne: BLG: "Wir haben nur für Gundremmingen eine Transportgenehmigung beantragt." BfS: "Uns liegt nur für Gundremmingen ein Antrag vor." Kraftwerksleitung Gundremmingen: "Wir planen zur Zeit die Abgabe eines Behälters an das Zwischenlager Gorleben" Außerdem kann der von der Bundesanstalt für Materialprüfung begutachtete CASTOR-Behälter vom Typ 1c (80 t schwer, 1,7 m breit, 5,5 m lang, für 16 Brennelemente) nur für Siedewasserreaktoren wie in Gundremmingen benutzt werden.

Die Kraftwerksleitung von Gundremmingen betont, daß in den ersten CASTOR nach Gorleben Brennelemente gepackt werden, die nicht für die Wiederaufarbeitung im Ausland vorgesehen seien. Wir vermuten, es handelt sich dabei um Brennelemente mit höherem Abbrand. Wichtig ist dieser Umstand, da in Gorleben nur eingelagert werden darf, wofür ein wirkliches Bedürfnis nachgewiesen werden kann.

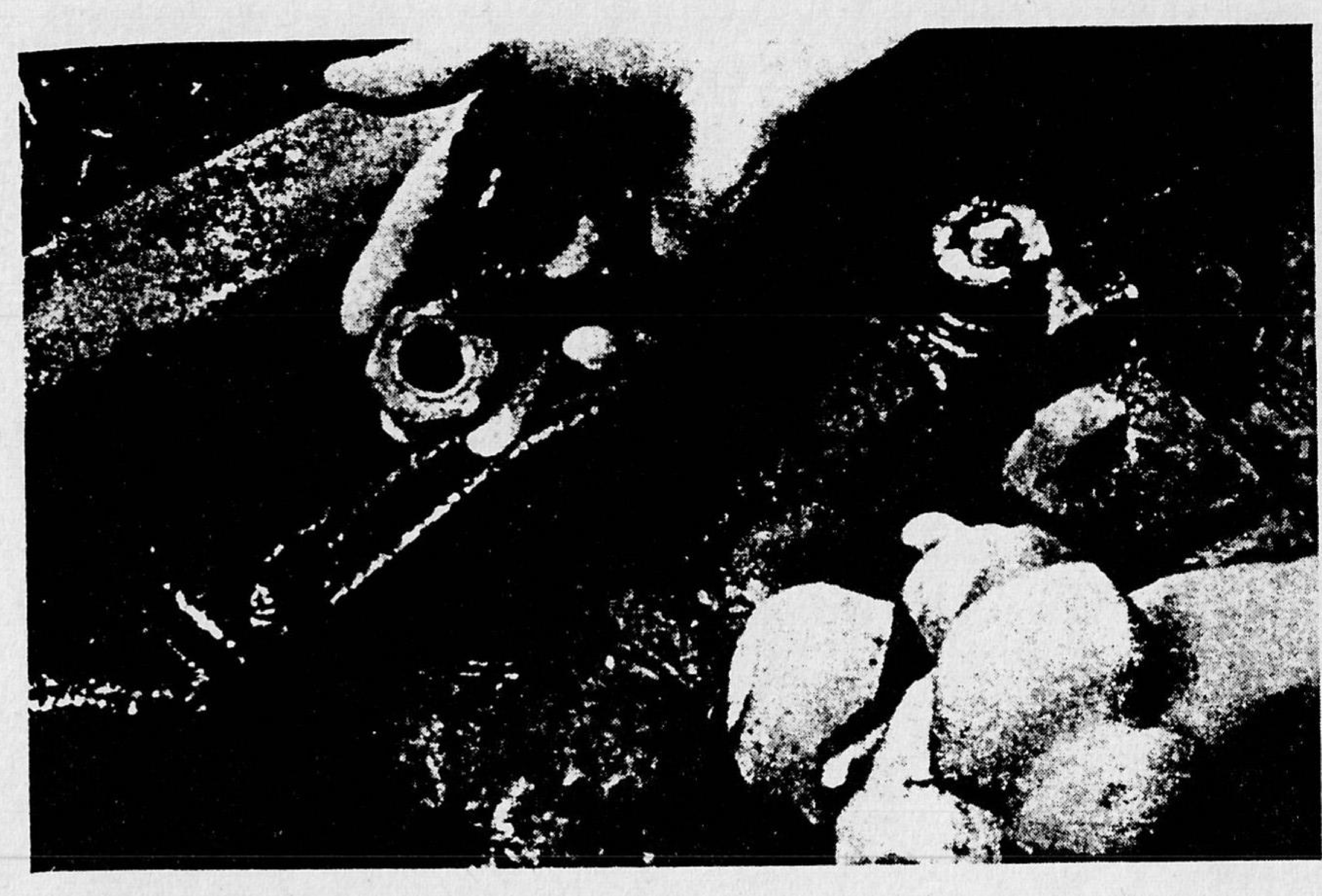
Hier liegt auch ein Kritikpunkt: Im Gundremminger Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente ist noch viel Platz, es herrscht in diesem AKW noch längst kein Entsorgungsnotstand.



LZ 24.6

Erneuter Anschlag auf eine Bahnlinie im Wendland:

Gleise wurden losgeschraubt



Spuren des Attentats am Bahndamm zwischen Zernien und Stoetze: das eingeschnittene Gleis, lose Schrauben und zerschlagene Isolatoren.

WANN GEHT ES LOS?

Das AKW Gundremmingen wird täglich von Anti-AKW-Gruppen aus der Region beobachtet, um so rechtzeitig die Ankunft eines Bahnwaggons für den CASTOR mitzubekommen. Bei den Transporten von abgebrannten Brennelementen zur WAA La Hague in Frankreich, die mit ähnlichen Behältern vorgenommen werden, spielt sich der Ablauf am AKW folgendermaßen ab:

Ein leerer Behälter wird im Bahnwaggon angeliefert und in das Kraftwerksinnere gebracht. Der Waggon bleibt sichtbar auf dem Kraftwerksgelände stehen. Nach zwei bis drei Tagen (selten auch länger) wird der nun beladene Behälter wieder auf den Waggon gepackt. Dann kann die Reise losgehen.

Ob der Ablauf beim ersten CASTOR ähnlich sein wird, wissen wir nicht. Es wäre ja z.B. möglich, daß bereits ein leerer CASTOR im Kraftwerk lagert und dieser beladen wird, bevor ein Bahnwaggon in Gundremmingen ankommt. Dann würde alles ziemlich schnell gehen. Wird allerdings der leere Behälter erst kurz vor dem erwarteten Transporttermin angeliefert, dann dauert es erfahrungsgemäß mindestens 24 Stunden, bis der Transport starten kann.

Ein großes Problem in Gundremmingen ist die Tatsache, daß für die nächsten Wochen auch fünf bis sechs Transporte zur WAA La Hague abgehen sollen. Wir wissen nicht, ob sich die Bahnwaggons für La Hague und für Gorleben unterscheiden. Der für den leeren Probe-CASTOR 1985 verwendete Bahnwaggon hatte allerdings einen anderen Aufbau als die La Hague-Transporte. Manche Leute vermuten aber, daß der Waggon damals eher ein Provisorium war, das heute nicht mehr verwendet wird. Aber das ist alles Spekulation.

Wenn nun also in Gundremmingen ein Waggon ankommt, der wie ein La Hague-Transport aussieht, können wir erstmal nicht feststellen ob das nun der CASTOR ist oder nicht. Wir sind dann auf weitere Recherchen der Presse oder andere Quellen angewiesen.

DIE STRECKE

Welchen Weg der CASTOR-Transport quer durch die Republik nehmen wird, ist uns noch nicht bekannt. Es gibt prinzipiell zwei Möglichkeiten. Entweder er wird (wie bei den Transporten abgebrannter Brennelemente zu den Wiederaufarbeitungsanlagen im Ausland üblich) in regulären Güterzügen mitgeführt oder die politische Brisanz zwingt die Bundesbahn dazu, den Waggon mit dem Behälter einfach an eine Lok zu hängen und bis in den Norden durchzufahren.

Äußerungen der Landesregierung und auch die beschriebenen Vorbereitungen der Polizei lassen darauf schließen, daß der CASTOR wirklich in Dannenberg auf einen LKW verladen werden soll und nicht, wie schon geprobt, irgendwo auf einem kleinen Bahnhof mit einem Autokran. Allerdings besteht für diese Variante keine absolute Sicherheit unsererseits, sondern lediglich eine große Wahrscheinlichkeit. Wir wissen nicht, ob die Bundesbahn, wenn Blockaden laufen, auf einen anderen Verladepunkt ausweicht.

Doch wenn wir von Dannenberg ausgehen, dann gibt es zwei Möglichkeiten, diesen Verladekran mit der Bahn zu erreichen. Es gibt eine Bahnlinie von Uelzen nach Dannenberg und eine Linie von Lüneburg nach Dannenberg. Beide sind wohl für den Transport geeignet.

Der Straßentransport von Dannenberg zum "Zwischenlager" könnte theoretisch oder im Falle von Blockaden verschiedene Wege fahren. Der "normale" Weg wäre über die Bundesstraße bis Gorleben und von dort zum "Zwischenlager". Wir empfehlen interessierten Menschen sich eine topographische Karte des Landkreises Lüchow-Dannenberg anzuschaffen. Bei der BI gibt es etwas einfachere Landkarten.



WIR STELLEN UNS QUER!

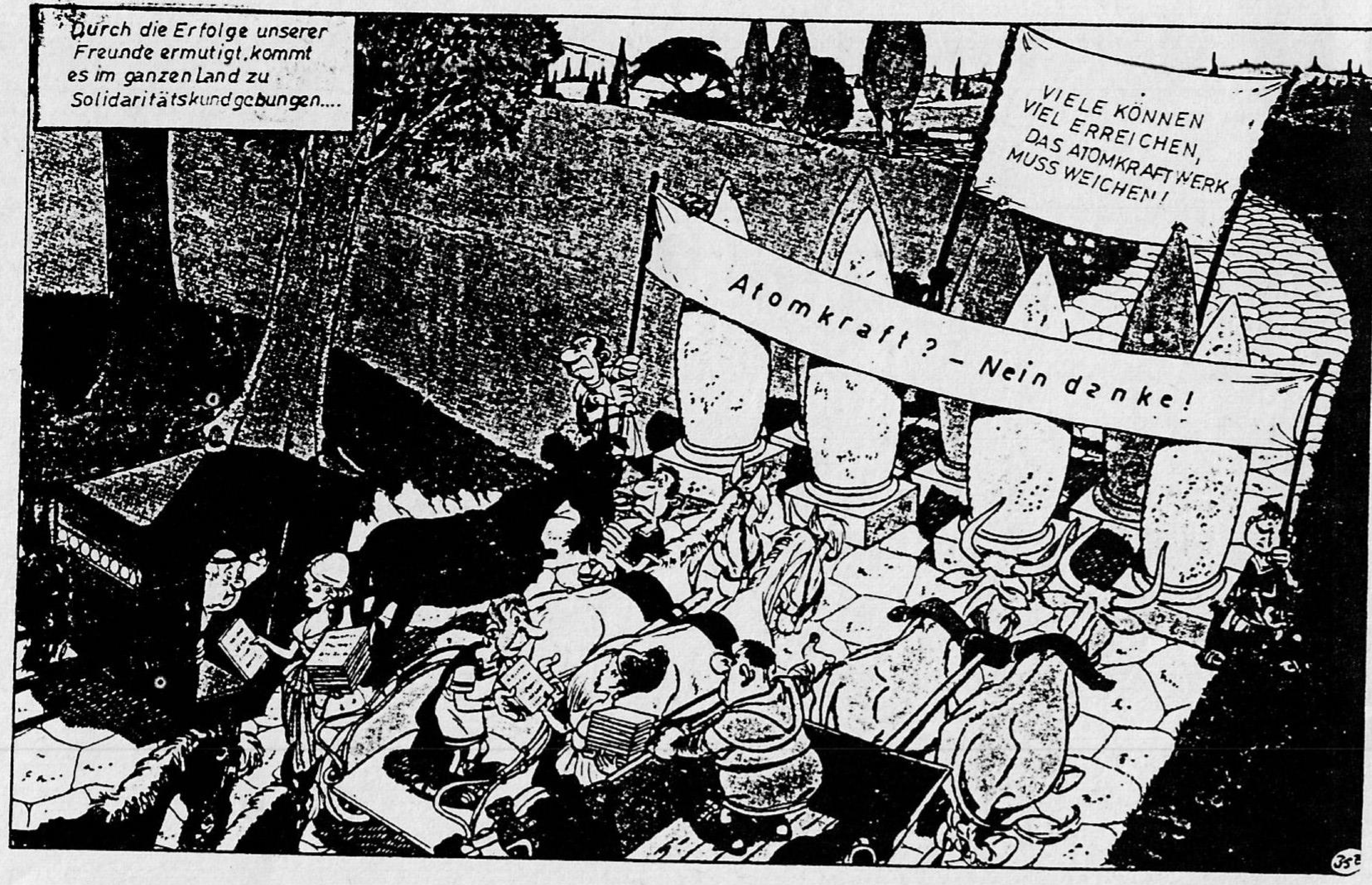
In den letzten Jahren haben sich bis zu 700 Menschen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg öffentlich erklärt: "Wenn der CASTOR kommt, stellen wir uns quer". Zur Zeit werden neue Telefonlisten für den Tag X aufgestellt. In der Elbe-Jeetzel-Zeitung beginnt heute eine große Anzeigenserie. Es war zwar zunächst nicht einfach, nachdem es in den letzten Jahren immer wieder CASTOR-Alarm gegeben hatte, die Menschen wieder in Bewegung zu bringen, doch so langsam regt sich was im Wendland. Der Landkreis ist aufgeteilt in acht CASTOR-Ortsgruppen, die sich bereits regelmäßig treffen. Auch andere Gruppen wie die SeniorInnen von der "Initiative 60", die SchülerInnen, die ÄrztInnen, die Bauern/Bäuerinnen u.a. treffen sich.

Auch in den Nachbar-Landkreisen um Uelzen und um Lüneburg läuft die Mobilisierung. Beide Städte kommen ja als Ausgangspunkt der letzten Bahnstrecke bis Dannenberg in Betracht. Eine erste Aktion von 200 Menschen aus Lüneburg und Uelzen lief am Buß- und Bettag in Gorleben: Die Einfahrt des "Zwischenlagers" wurde unter dem Motto "Wir legen euch Steine in den Weg" mit großen Feldsteinen zugeschüttet.

Wenn der CASTOR kommen sollte, dann wird versucht werden, ihn in Uelzen oder Lüneburg aufzuhalten. Im Wendland gibt es zwei Aktionsszenarien.

Das eine: Wenn der CASTOR so zum öffentlichen Thema geworden ist, daß der Termin des Transports nicht mehr geheimgehalten werden kann, dann wird bereits einige Tage vorher zum "Zwischenlager" mobilisiert und das Tor mit allem was uns so einfällt blockiert. Wir gehen davon aus, daß die Präsenz vor Ort weitere mobilisierende Wirkung in die ganze BRD hat.

Das andere: Wenn wir erst kurzfristig mitbekommen, daß der CASTOR kommt, dann wird die Telefonkette ausgelöst und alle, die dies wollen, kommen zu einem bestimmten Blockadeort. Dort soll eine große Blockade stattfinden, die es auch Menschen, die normalerweise nicht an solchen Aktionen teilnehmen ermöglicht, mitzumachen. D.h., das Ganze soll überschaubar und gewaltfrei ablaufen. Natürlich kann und soll diese Blockade von anderen Gruppen durch andere Aktionen an anderen Orten im Landkreis ergänzt werden.



UND IM SÜDEN?

Die Gruppen um Gundremmingen wollen in diesem Winter, wie auch schon die Jahre zuvor, möglichst alle Transporte abgebrannter Brennelemente bei ihrer Ausfahrt aus dem AKW-Gelände kurz blockieren. Besonderes Augenmerk wird dabei natürlich auf den erwarteten CASTOR gelegt.



Auftakt der Aktivitäten wird eine **"Schienenversammlung" am Mo, den 7.12. ab 10 Uhr** vor dem AKW sein. Am Wochenende 5./6.12. wird das Ganze vorbereitet. Am 6.12. findet dort wahrscheinlich auch ein Süddeutsches Streckentreffen statt. Dabei soll über die Beobachtung des AKW und der möglichen Transportstrecken beraten werden. Eingeladen sind alle Initiativen und Einzelpersonen, die sich daran beteiligen wollen. Denkt daran: Der CASTOR kann auch bei euch entlangfahren! Kontakt für Schienenversammlung und Vorbereitungswochenende: Rolf Hiemer, Wasserstr. 66, 7907 Langenau, Tel.: 07345/22577 (abends) oder 22579 (nur tagsüber).

Für die geplante Blockade der CASTOR-Ausfahrt können die örtlichen Gruppen auch überregionale Unterstützung gebrauchen. Eigentlich ist es doch ideal: Niemand muß durch die ganze BRD zu einem Aktionsort reisen. Sowohl im Süden als auch im Norden gibt es Möglichkeiten aktiv zu werden.

KOMMT IN'S WENDLAND,

wenn der CASTOR kommt! Das ist unsere Parole für alle Gruppen, die nicht nach Gundremmingen fahren wollen. Das 700-Leute-Konzept der BI, mit dem möglichst viele Menschen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg für den Widerstand gewonnen werden sollen, ist die eine Seite. Die andere: Mobilisiert in euren Städten und Regionen! Wenn es keine Anti-AKW-Zusammenhänge (mehr) gibt, reaktiviert alte oder noch besser schafft neue. In Uelzen und Lüneburg wurde die Erfahrung gemacht, daß vor allem unter Jugendlichen die Bereitschaft groß ist, sich gegen den CASTOR zu engagieren.

Bei der Zeitschrift atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg kann ein **vierseitiges Flugblatt** bestellt werden. Inhalt: Der Aufruf "Verhindert die CASTOR-Transporte ins Wendland - Jetzt!", Hintergundinfos zum CASTOR und zur Mobilisierung, Was gibt es sonst Neues in Gorleben: "Endlager", "Zwischenlager".

Bestellt dieses Flugblatt am Besten sofort. Es ist nur noch wenig Zeit. Wenn ihr das Flugi einem regionalen oder überregionalen Postverteiler oder einer Zeitschrift/einem Rundbrief beilegen könnt, meldet euch im BI-Büro in Lüchow.

Im BI-Büro wird auch die Telefonliste der Gruppen und Einzelpersonen aufgestellt, die angerufen werden wollen, wenn der CASTOR kommt. Meldet euch dort und gebt diese Information an viele Gruppen weiter!

Anlaufstelle für alle Auswärtigen ist beim ersten Aktionsszenario das Zwischenlager, beim zweiten Aktionsszenario der Gasthof Meuchefitz (05841/5977) **und** das Cafe Grenzbereiche in Platenlaase (05864/558). Dort gibt es Infos über den Stand der Dinge, gute Landkarten und heiße Getränke.

Überlegt euch schon zu Hause, was ihr hier machen wollt. Ihr könnt an der großen Blockade teilnehmen oder eigene Aktionen machen. Beachtet dabei bitte, daß sich die verschiedenen Aktionen nicht in die Quere kommen sollten.

Bahn durch Anschläge blockiert

Bombenattrappe, zerstörte Signalanlagen und Betonsperren – Anonyme Bekenner

EJZ 31.3.



Die deutsche Bundesbahn gibt bekannt: Die Bahn fährt immer!

Nur nicht in der Nacht vom 29.3.-30.3.1984.

Wir haben die Bahnstrecke Dannenberg-Lüneburg und Dannenberg-Uelzen so bearbeitet, daß der o.a. Slogan nicht mehr zieht, indem wir Bahnübergänge zubetonierten, Signalanlagen und Weichen außer Kraft setzten und Telefonleitungen kappten und einige Schrauben lockerten.

Die DB will in absehbarer Zeit auf diesen beiden Strecken radioaktiven Atommüll ins Zwischenlager Gorleben transportieren. Sie trägt somit dazu bei, den Landkreis Lüchow-Dannenberg zur größten Atommüllkippe Europas zu machen. Schon seit langem transportiert die Bahn Atommüll und Kriegsgeräteschaften quer durch die BRD. Bisher relativ ungestört, doch die Zeiten ändern sich!

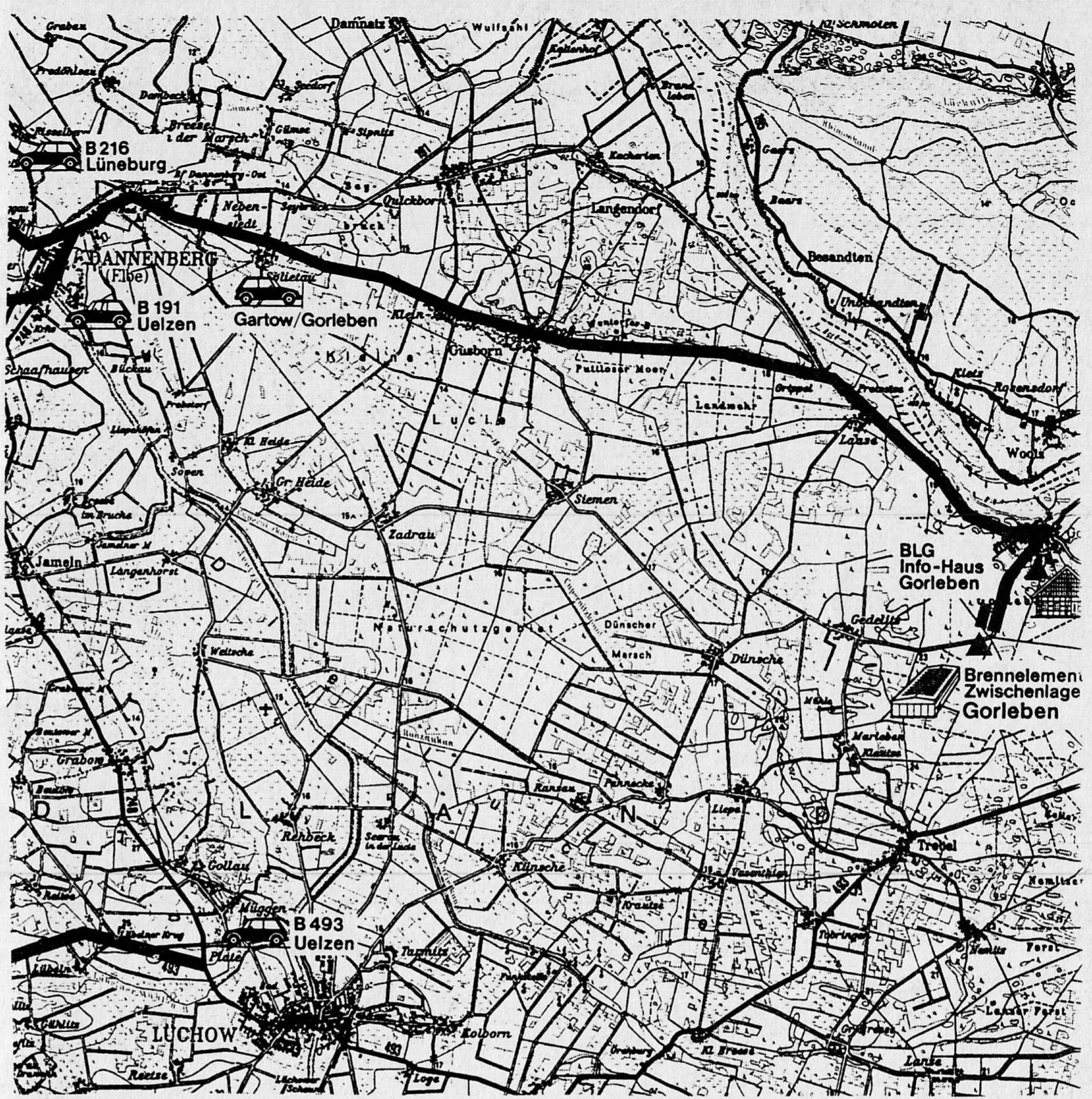
Wir wollen weiterhin in dieser Region leben und wohnen. Deshalb werden wir auch in Zukunft alles tun, um es der Atommafia und denen, die aus dem Atomgeschäft Profit schlagen wollen, zu vermiesen, sich hier breit zu machen. Sie alle sollen sehen, daß sie ihre menschenverachtenden Pläne in dieser Region nicht durchführen können, ohne aktiven Widerstand zu provozieren. Ein Widerstand, der nicht bei symbolischen, legalen Aktionen stehen bleibt! Je breiter sie sich hier machen, desto mehr Angriffspunkte bietet ihr Atomprogramm.

Wir werden uns die geeigneten Punkte heraussuchen!

Diese Aktion zeigt, daß wir die Atommülltransporte stoppen können. Wenn die Castorbehälter anrollen, gibt es keine Warnung mehr!

Der Kampf geht weiter!
Jim Knopf und die wilde 13

Kontakt: BI-Büro, Drawehner Str. 3, W-3130 Lüchow, Tel.: 05841/4684



UNSERE ZIELE:

Was erhoffen wir uns von der erneuten Mobilisierung gegen den CASTOR? Zuerst einmal: Wir wollen die Einlagerung auch diesmal wieder verhindern. Die Chancen dafür stehen, was das genehmigungstechnische Umfeld angeht, diesmal nicht so gut. Wir sind auf unsere eigene Kraft gestellt. Die einzige Möglichkeit, den CASTOR zu verhindern, ist es, den politischen Preis einer Einlagerung möglichst hoch zu treiben.

Wir werden dabei gegen die Regierungen in Bonn und in Hannover stehen, die sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben werden. Denn wenn eine Landesregierung sagt, sie könne den CASTOR nicht mehr verhindern und müsse den Transport nach Recht und Gesetz durch ihre Polizei sicher nach Gorleben geleiten, dann stehen wir gegen diese Landesregierung.

Das Ziel unserer Mobilisierung ist es also erst in zweiter Linie, daß zum entscheidenden Zeitpunkt möglichst viele Leute auf der Straße sind. In erster Linie soll im Vorfeld des Transports so viel Rummel gemacht werden, daß er erst gar nicht losfährt. Unser Ziel ist also, daß alle Leute hinterher wieder jammern: "Schon wieder *umsonst* mobilisiert". Oder anders ausgedrückt: Es kann uns auch diesmal wieder passieren, daß wir Erfolg haben.

Doch daß dies niemand falsch versteht: Es geht diesmal nicht nur um ein politisches Kräftemessen. Der CASTOR steht wirklich ins Haus. Und wir werden auf der Straße sein, wenn er kommt!

Hinter unserem Nahziel, den CASTOR auch diesmal wieder zu stoppen, steht natürlich unser Kampf für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen. Wir wissen: Der Weiterbetrieb der AKWs hängt davon ab, ob die Betreiber nachweisen können, daß sie die entstehenden strahlenden Abfälle sicher entsorgen.

Da ihnen der Atommüll inzwischen schon zu den Ohren rauskommt und der Entsorgungsengpaß immer eklatanter wird, müssen die Betreiber und die Bundesregierung dafür sorgen, daß ihre Lüge von der machbaren Entsorgung nicht den Bach runtergeht.

Ab 1994 kommen die hochradioaktiven Abfälle aus der WAA La Hague zurück in die BRD. Sie sollen ins Gorleben "Zwischenlager". Die SPD propagiert den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft (sprich der Wiederaufarbeitung) und plädiert für die sogenannte "direkte Endlagerung" (ohne daß es ein Endlager gäbe), um die AKWs weiter in Betrieb halten zu können. Umzusetzen ist dies nur mit einem "Zwischenlager" in Gorleben.

Ohne diese Halle, die da seit neun Jahren im Wald bei Gorleben leersteht, sieht die Zukunft der Entsorgung erstmal ziemlich düster aus.

Die Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik hat schon bessere Zeiten erlebt. Wir denken aber, daß es zur Zeit gelingen kann, durch Widerstand an den entscheidenden Punkten (Osteuropaexpansion und Entsorgung) das Schicksal der Atomindustrie zu besiegeln. Längst ist die Auseinandersetzung um die Atomenergie in den Chefetagen der Stromkonzerne angelangt.

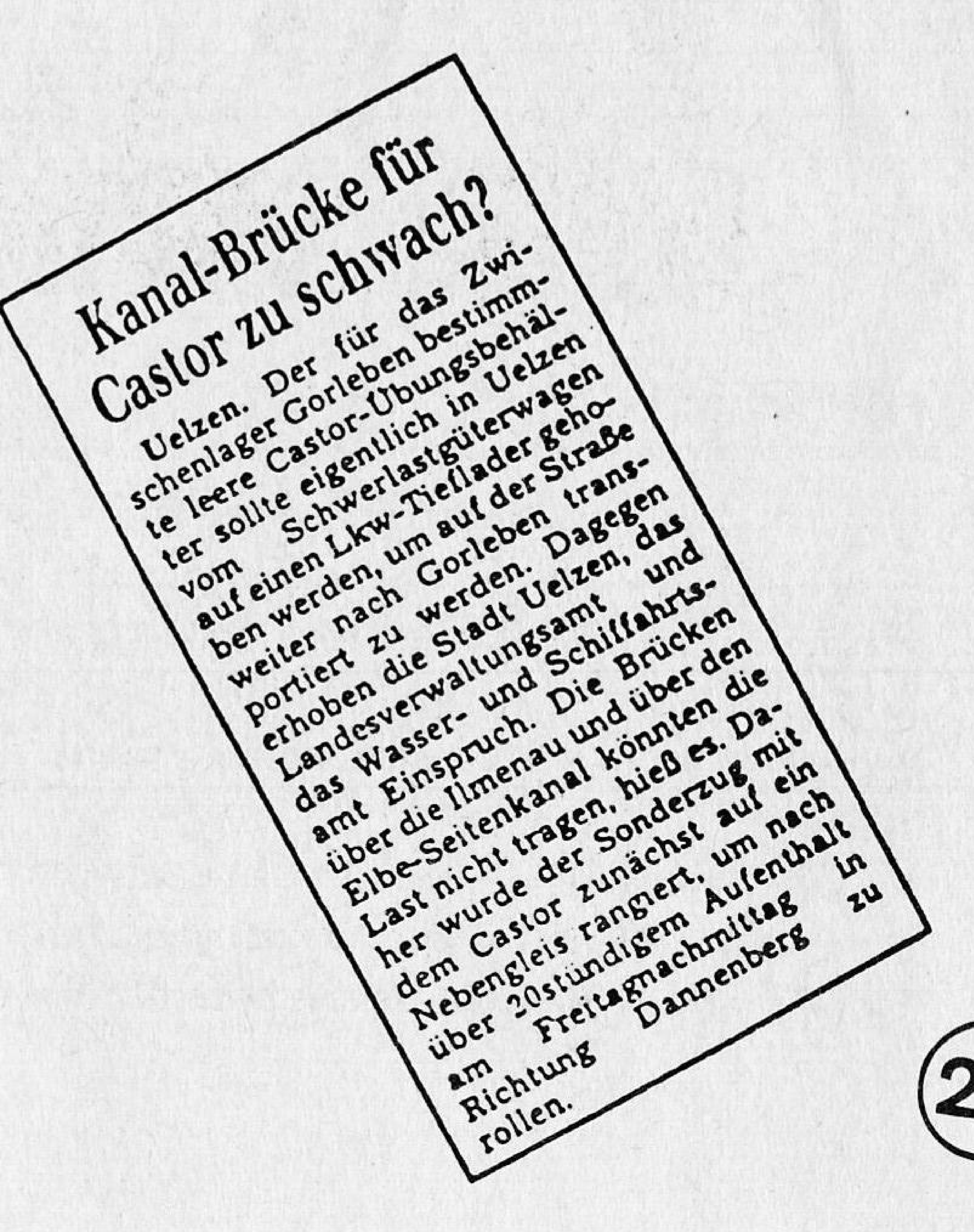
Die Namen "Gorleben" und "CASTOR" haben auf viele Menschen eine Anziehungskraft. Der CASTOR ist zum Symbol der Entsorgungslüge geworden. Wenn wir uns ihm in den Weg stellen, so werden sich davon viele angesprochen fühlen und uns unterstützen. Es gibt kaum einen Punkt, wo wir bei der augenblicklichen Schwäche der Bewegung machtvoller sein könnten. Macht mit!

Castor wurde in Dannenberg mit „großem Bahnhof“ empfangen

Demonstranten behinderten Umladen des Übungsbehälters



Hinter dem Anti-Atommüll-Transparent auf der Strecke nach Dannenberg fanden Polizeibeamte außer zugekittsten Gleisen und Betonklötzen auf den Schienen auch einen festzementierten Feuerlöscher – aber es war nur eine Bombenattrappe. Foto: ap



Kanal-Brücke für Castor zu schwach?

Uelzen. Der für das Zwischenlager Gorleben bestimmte leere Castor-Übungsbehälter sollte eigentlich in Uelzen vom Schwerlastgüterwagen auf einen Lkw-Tieflader gehoben werden, um auf der Straße weiter nach Gorleben transportiert zu werden. Dagegen erhoben die Stadt Uelzen, das Landesverwaltungsamt und das Wasser- und Schiffahrtsamt Einspruch. Die Brücken über die Ilmenau und über den Elbe-Seitenkanal könnten die Last nicht tragen, hieß es. Daher wurde der Sonderzug mit dem Castor zunächst auf ein Nebengleis rangiert, um nach über 20stündigem Aufenthalt am Freitagnachmittag in Richtung Dannenberg zu rollen.

ROTE FLORA IN HAMBURG VON RÄUMUNG BEDROHT

Das besetzte autonome Stadtteilzentrum Rote Flora stand seit dem September in Verhandlungen mit dem Hamburger Senat. Nach mehreren Treffen mit unterschiedlichen Behörden bestätigte sich letztlich unsere Einschätzung, daß es dem Senat nur darum geht, unsere Strukturen zu demontieren und uns zu bekämpfen.

DIE ROTE FLORA

Die Rote Flora ist 1989 aus dem Widerstand gegen das Kommerz-Musical-Projekt "Phantom der Oper" entstanden, das für das Hamburger Schanzenviertel geplant war. Lang anhaltender und zäher Widerstand von AnwohnerInnen und politischen Gruppen zwang die Investoren, das Projekt an diesem Ort aufzugeben.
Im September 89 gingen verschiedene Gruppen und Einzelleute in die übrig gebliebene Flora-Ruine und richteten dort, anfangs mit befristetem Nutzungsvertrag, ein Stadtteilzentrum ein. Seit dem 1.11.89, wo dieser Vertrag auslief, ist die Flora besetzt.
In den vergangenen drei Jahren wurde das Gebäude notdürftig in Eigenarbeit hergerichtet, so daß eine Nutzung für viele verschiedene Aktivitäten möglich wurde.
Die Flora ist Treffpunkt für viele Gruppen, die politisch und/oder kulturell arbeiten. So gibt es eine Gruppe, die monatlich ein Info-Blatt herausgibt, gibt es eine Motorrad- und eine Fahrradselbsthilfe, verschiedene Sportgruppen und mehrere Bands, die Proberäume im Keller haben. Es finden regelmäßige und unregelmäßige Treffen zu den verschiedensten Themen statt, und die Flora bietet die Möglichkeit, jederzeit zu aktuellen Anlässen spontan große Plena mit mehreren hundert Leuten zu organisieren. Und nicht zuletzt gibt es ein großes Angebot an kulturellen und politischen Veranstaltungen, wie Konzerte, Kabarett, Theater, Info-Veranstaltungen, Ausstellungen usw. und ein täglich geöffnetes Café.



REPRESSION

Klar ist, daß selbstorganisierte Projekte wie die Flora, die bewußt Stellung gegen die herrschenden Verhältnisse beziehen und versuchen, der Utopie von einem selbstbestimmten Leben näher zu kommen, den "Herrschenden" nicht in den Kram passen.
So hat es auch gegen die Flora mehrere Angriffe seitens des Hamburger Senats gegeben. Um nur drei Beispiele der Repression gegen die Flora zu nennen:

- im Dezember 1990 wurde eine seit einem halben Jahr in Flora-Strukturen mitarbeitende Under-Cover-Agentin des LKA enttarnt;
- im Juli 1991 wurde der in Eigenarbeit hergerichtete Flora-Park brutal von 1500 Bullen und BGS'lern geräumt, es gab zahlreiche Verletzte und Festnahmen;
- kurz darauf wurden die beiden Flora-Aktivisten Ralf und Knud mit dem absurden Vorwurf, einen Zug mit auf Bahngleise gelegten Betonplatten zum Entgleisen bringen zu wollen, ein halbes Jahr in den Knast gesperrt; der Prozeß gegen die beiden dauert immer noch an.

INTEGRATION, KNÜPPEL INS GENICK - DAS IST SPD-POLITIK

Als neue Variante der Herrschaftsausübung überlegte sich der SPD-Senat, uns mittels eines ultimativen Verhandlungsdiktats an den Verhandlungstisch zu bewegen.
Im August 92 flatterte uns ein Brief der Senatorin der Stadtentwicklungsbehörde(STEB), Traute Müller, ins Haus, in dem davon die Rede war, daß wir in ein Konzept für ein Stadtteilzentrum lediglich "miteinbezogen" werden sollen. Konkret war das Diktat enthalten, in den ersten Stock der Flora eine Kinderbetreuungseinrichtung unter zweiter Trägerschaft zu installieren. Wir erklärten uns trotzdem erst einmal für gesprächsbereit.
Der Senat gibt mit der geplanten Kindertagesstätte vor, sich für die sozialen Belange des Stadtteils einzusetzen, in Wirklichkeit ist dies jedoch nur der Hebel, um uns zu bekämpfen. Die SPD versucht, zwei berechtigte Interessen gegeneinander auszuspielen (ähnlich wie im letzten Jahr bei den Auseinandersetzungen um den Flora-Park, in den dann Sozialwohnungen gebaut wurden), um dann nach dem Scheitern der Verhandlungen uns Flora-NutzerInnen als die darzustellen, die gegen die benötigte Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen sind.
Gleichzeitig bleiben mehrere Möglichkeiten ungenutzt, im Schanzenviertel Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Die dafür in Frage kommenden Objekte (z.B. das sog. Laue-Gelände, ein großes ehemaliges Fabrikgelände, um das sich einige Häusergruppen bemühen) werden an Investoren vergeben, die dort größtenteils eine kommerzielle Nutzung planen. Es zeigt sich wieder einmal, daß die Politik der SPD hauptsächlich darauf bedacht ist, Profit- und Kapitalinteressen Vorrang zu geben vor den sozialen Bedürfnissen der Menschen.

FLORA IST DAS GANZE HAUS

Für uns war die ganze Zeit klar, daß wir einen zweiten Träger in unserem Gebäude nicht hinnehmen werden. Dies wäre für uns eine Teilräumung und würde die Demontage unserer Selbstverwaltungsstrukturen bedeuten. Zudem wäre zahlreichen NutzerInnengruppen der Raum und die Möglichkeit genommen, sich zu treffen, d.h. der normale Betrieb dieses Zentrums und die Umsetzung unseres Konzeptes wären nicht mehr möglich.

DIE VERHANDLUNGEN: NUR VERARSCHUNG!

Nachdem zu Beginn der "Verhandlungen" Traute Müller (STEB) betonte, unsere Akzeptanz eines zweiten Trägers sei Voraussetzung einer vertraglichen Lösung und die Rote Flora sei politisch nicht erwünscht, war unsere Position in den Verhandlungen nach zahlreichen Aktivitäten von uns und entsprechend aufgebautem Druck zwischenzeitlich nicht die schlechteste. Der zweite Träger schien nicht mehr der Punkt zu sein, an dem sich alles entscheiden würde, so war zumindest unsere Einschätzung. Es gab mehrere Gespräche mit den zuständigen Fachbehörden (z.B. Kulturbehörde), wo es teilweise schon um Einzelheiten ging.
Dann gab es jedoch ein Treffen zwischen Voscherau (1. Bürgermeister), Hackmann (Innensenator) und Müller, in dem die beiden erstgenannten einen härteren Kurs gegenüber der Flora bestimmten und als Vorgabe und Bedingung für eine vertragliche Lösung machten, daß wir eine Kinderbetreuungseinrichtung unter zweiter Trägerschaft hinnehmen müssen.



Dies wurde noch einmal im letzten Gespräch zwischen Müller und uns am 24.11.92 deutlich, in dem die Senatorin betonte, einer der wichtigsten Punkte sei die Kompromißfähigkeit der Roten Flora. Also im Klartext: wir sollen vor ihnen auf die Knie fallen.
Wir stellten in diesem Gespräch unser Konzept von Arbeit mit Kindern innerhalb unserer Strukturen vor, das inzwischen - und nicht nur wegen der Verhandlungen - erarbeitet wurde. Als klar war, die harte Position des Senats ist nicht zu erweichen, machten wir als letzten Kompromißvorschlag das Angebot, es könne ein Anbau an die Flora auf dem Flora-Gelände errichtet werden, in dem Kinderbetreuung unter einem von der Flora separaten Träger stattfinden kann.
Nachdem selbst dieser Vorschlag auf städtischer Seite keine Bewegung bewirkte, war endgültig klar, daß es nur darum geht, daß der Senat seine Finger in das Gebäude kriegen und uns bekämpfen will, was Müller auch mehr oder weniger deutlich sagte.
Sie erklärte dann die Verhandlungen "an entscheidenden Punkten für gescheitert".
Auch wenn der abschließende Senatsbeschluß noch aussteht, scheint klar, daß die Verhandlungen auch offiziell für gescheitert erklärt werden, daß demnächst dann Räumung und Abriß der Flora drohen.



ROTE FLORA DURCHSETZEN!!

Wir werden in der nächsten Zeit alles daran setzen, die Flora zu erhalten und durchzusetzen. Wichtig ist jetzt eine langfristige Mobilisierung, die einen Druck aufbaut, daß die Flora nicht ohne weiteres geräumt werden kann. Klar ist, daß wir auf keinen Fall freiwillig die Flora verlassen werden.

Die Flora ist von zentraler Bedeutung für die linksradikalen Strukturen in Hamburg. Wenn "sie" es schaffen, uns die Flora zu nehmen, fallen viele Möglichkeiten der politischen Arbeit und Organisierung und der Koordination weg.
Weiter wäre die Räumung der Flora ein weiterer Schritt hin zur Umstrukturierung des Schanzenviertels.

Die Räumungsabsichten des Hamburger Senats stehen im Kontext mit der Strategie der "Herrschenden", autonome und linksradikale Zentren und Häuser BRD- und europaweit platt zu machen, um somit die Reste des Widerstands zu schwächen.
Wir werden das nicht hinnehmen!!

ROTE FLORA BLEIBT!!
FREISPRUCH FÜR RALF UND KNUD!!

ROTE FLORA PLENUM

Adresse:
Rote Flora
Schulterblatt 71
2000 Hamburg 36
Tel.: 040/4395413

Flora-Infocafé
jeden Donnerstag 16.00-21.00 Uhr

Kinkel in Tutzing

Wir veröffentlichen hier das Protokoll eines Treffens zwischen Angehörigen der politischen Gefangenen, Leuten, die sich für die Forderung nach Freilassung einsetzen und dem damals noch Justizminister Kinkel.
Das Gespräch fand statt, in der Vorbereitungszeit der bundesweiten Demonstration in Bonn für die Freilassung der politischen Gefangenen.
Soweit wir wissen sollte die Tatsache dieses Gesprächs und sein Inhalt ursprünglich von den daran Beteiligten nicht öffentlich gemacht werden (zumindest nicht innerhalb der Szene, denn Kinkel hat sowohl den Innenausschuß als auch die KGT – Koordinierungsgruppe Terrorismus – über das Gespäch informiert).

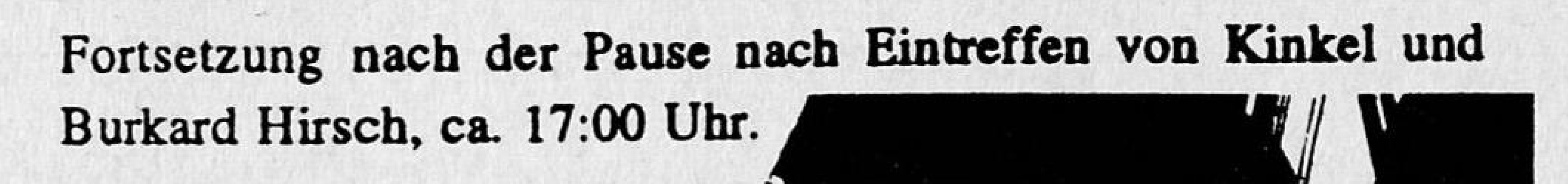
Wir veröffentlichen dieses Protokoll, weil wir es für falsch halten, in »Geheimverhandlungen« Positionen einer Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen abzustecken und die in Gesprächen mit Vertretern des Staates gewonnenen Informationen nicht öffentlich zu diskutieren.
Wir bezweifeln, daß Verhandlungen oder Gespräch auf dieser Ebene irgendwelche positiven Auswirkungen haben können. Wir wissen nicht, was die an dem Treffen Beteiligten sich von solchen Verhandlungen versprechen und fordern alle Beteiligten auf, dazu öffentlich Stellung zu nehmen.
Geheimverhandlungen nützen meistens denen, die die stärkere Verhandlungsposition haben. Sie sind es, die bei Veröffentlichung der Ergebnisse sich auf den Bruch des »Vertrauensverhältnisses« zurückziehen können; sie haben ein Interesse daran, möglichst genau die andere Seite einschätzen zu können

In ihrer Erklärung »An alle die auf der Suche nach Wegen sind ...« schreibt die RAF: »Daß wir unseren Prozeß nicht nachvollziehbar sondern nur bruchstückhaft als Ergebnis unserer Diskussion in den Erklärungen und Briefen vermittelt haben, war ein Fehler.« Eine gemeinsame Diskussion und schließlich eine gemeinsame Politik politischer PartnerInnen ist nur dann möglich ist, wenn die Diskussion auch offen geführt wird, wenn alle Beteiligten von der selben Stufe ausgehen, wenn die PartnerInnen im Kampf um eine bessere Gesellschaft nicht von einer Seite funktionalisiert werden.

Wer – wie die an dem Gespräch Beteiligten – Diskussionen nicht transparent macht befördert den falschen Avantgardeanspruch, nach dem sich die Menschen dem Kampf der »politisch am weitesten Fortgeschrittenen« nur anschließen sollen, ohne ihn mitbestimmen zu sollen. Das Verhältnis der Linken zur RAF (und zwar zur RAF speziell und nicht zum bewaffneten Kampf im allgemeinen) ist nicht zuletzt davon geprägt, jahrelang zu einer Politik solidarisch Stellung bezogen zu haben, deren Ausrichtung nicht diskutierbar war und die sich nicht um die Meinung und Kritik ihrer »Sympatisanten« kümmerte.
Die Art und der inhaltliche Ansatz der politischen Neubestimmung der RAF ist schwammig genug formuliert und an vielen Punkten zu kritisieren. (Wir verweisen hier nur auf die Kritik von Bernhard Rosenköter, Ali Jansen und Michael Dietiker, abgedruckt in der interim 201.) Wenn diese Neubestimmung aber auch nichtöffentliche Verhandlungen mit Vertretern des Staates umfaßt, trägt das nicht gerade zur Steigerung der Glaubwürdigkeit der vertretenen Politik bei.
Sicher muß es ein vordringliches Ziel sein, die Gefangenen frei zu bekommen. Aber die Auseinandersetzung muß – wenn sie eine politische sein soll – auch in der Öffentlichkeit und als Auseinandersetzung um den politischen Gehalt des Verhältnisses zwischen Staat und RAF geführt werden.

Wenn wir von »Politik der RAF« sprechen, dann meinen wir damit das ganze Widersprüchliche an Ansätzen, was einerseits von der RAF selber und andererseits von den unterschiedlichen UnterstützerInnengruppen kommt – eine zunehmend konfusere und heillosere Herangehensweise an den gesellschaftlichen Prozeß, in dem die Analyse der Situation viel zu oft hinter die Proklamation gemeinsamer Ziele zurücktritt.
Wir distanzieren uns auf's schärfste, von irgendwie gearteten Versuchen, mit der staatlichen Seite Kompromisse im weitesten Sinne einzugehen, in der Hoffnung darauf eine »Neubestimmung« linksradikaler Politik aufbauen zu können. Versöhnung ist genau das, was die Herrschenden jetzt wollen. Und gerade jetzt gibt es nicht den geringsten Grund, sich mit diesem Staat auch an noch so kleinen Punkten zu versöhnen.
Was wir jetzt brauchen, ist eine offene gemeinsame Diskussion um die Formulierung einer klaren politischen Linie.

Die Ohm-Redaktion



PROTOKOLL DES TREFFENS

Fortsetzung nach der Pause nach Eintreffen von Kinkel und Burkard Hirsch, ca. 17:00 Uhr.

Die Einleitung gesprochen von Dr. Hanusch, Begrüßung an Kinkel.

Andreas Groß: zitiert zur Einleitung die wesentlichen Teile der Erklärung von Irmgard Möller, stellt dar, daß es zentral um die politische Akzeptanz des Konfliktes geht.
Konkret um:
Sofortige Entlassung der Haftunfähigen.
Einstellung der Ermittlungsverfahren wegen illegalem Infosystem.
Zusammenlegung aller Gefangenen bis zu ihrer Entlassung.
Einstellung überhaupt der Ermittlungsverfahren gegen Gefangene.
Es muß von der politischen Seite mit den Gefangenen selbst geredet werden.
Die Behandlung des Konfliktes als Politischen.

Kinkel: Findet gut, daß die Veranstaltung stattfindet. Begrüßt die Anwesenden, dankt den Organisatoren usw. usf.
Er will Zeichen setzen, er will nicht kneifen in dem Konflikt. Es ist eine Öffnung in der Auseinandersetzung da. Will den Kreislauf der Gewalt aufbrechen.
Kinkel betont, daß er trotz der Terminschwierigkeiten wegen Ernennung zum Außenminister - eine Woche später - nach Tutzing gekommen ist. Daß er darüberhinaus, was sein Engagement in der Sache zeige, für Mittwoch ein Gespräch mit Angehörigen der Gefangenen vereinbart habe, und für Freitag ein Gespräch mit Anwälten. Er betont, daß er diese Gespräche im Rechtsausschuß des Bundestages angekündigt habe, daß niemand etwas dagegen gesagt habe, daß er also politische Rückendeckung habe.
Notwendig in der Auseinandersetzung sei aber auch eine Bewegung des harten Kerns der Inhaftierten. Es müsse eine Dialogbereitschaft vorhanden sein.
Er wolle hier Klartext reden und vor der Auseinandersetzung nicht kneifen.
Die Frage sei: Wie weiter? Er wolle klipp und klar sagen, er werde hier nicht anerkennen, daß die Auseinandersetzung einen politischen Charakter habe.
Eine politische Entscheidung für die Freilassung aller Gefangenen wird es nicht geben.
Es ist notwendig, daß die Gefangenen sich bewegen, daß sich draußen etwas bewegt.
Der Erpressungsgedanke müsse weggenommen werden.
Er betont und stellt dar, daß er für seine Initiative Prügel vom politischen Gegner einstecken mußte. Daß er trotzdem dazu steht, die Initiative weiterführen will.
Wie also solle es weitergehen, sei die Frage.
Insgesamt würde über die Frage auch beraten bei der Justizministerkonferenz, die in der kommenden Woche stattfinden werde, bei der er dann allerdings dann schon nicht mehr dabeisein werde.
Notwendig seien ernsthafte Bemühungen in jede Richtung. Er sei froh über die Entwicklung bei Günter (seine Freilassung, d.R.). Nicht ganz so froh über die Entwicklung bei Bernd. Hat Vorstellungen, wie es weitergehen könne. Gespräche darüber müßten stattfinden.
Es müsse über alle Möglichkeiten geredet werden. Das Vollzugsproblem für die, die nicht in absehbarer Zeit entlassen werden, Möglichkeiten für eine Zusammenlegung für eine bessere Kommunikation der Gefangenen. Es müsse geredet werden über den § 129a, über die anstehenden neuen Verfahren.
Es müsse überlegt werden, wie Gespräche mit und zwischen den Gefangenen möglich seien.
Seine Nachfolgerin werde seine Initiative weitertreiben und fortführen.
Leitlinien für einen Erfolg seiner Initiative seien:
das allerwichtigste, es dürften keinerlei Aktionen stattfinden.
Er habe nach Rohwedder kein leichtes Leben gehabt, sei von vielen Seiten heftig angegriffen worden.
Er wolle hier ganz klar sagen, sollte es Aktionen geben, würden alle Gefangenen sofort auseinandergelegt werden. Für eine Lösung sei die Mitwirkung der Inhaftierten notwendig. Es müsse ein Mindestmaß an Mitwirkung der Gefangenen geben.
Er sei sich darüber klar, daß Günter und Bernd für die Lösung des Problems so etwas wie ein Kristallisationspunkt seien.
Er sei vor kurzem schon einmal an dem Punkt gewesen, öffentlich zu sagen, was los ist, sich hinzustellen und zu sagen, wie die Anhörungen waren.
Er appelliere dringlich an alle, die mit den Betroffenen, d.h. mit den Gefangenen, Kontakt hätten, Anwälte, Besucher, Freunde, massiv mit den Gefangenen zu reden. Man dürfe sich über die psychologische Situation im Augenblick nicht täuschen. Der Goodwill der Verantwortlichen habe Grenzen.
Einen Dialog werde es nur geben, wenn die Gefangenen mitwirken.
Sollte das als Minimalvoraussetzung nicht laufen, werde nichts laufen, es werde überhaupt nichts laufen, dann sei eben Ende.
Auch das Umfeld müsse sich entsprechend verhalten.
Es müsse den Betroffenen, d.h. den Gefangenen und jenen die mit ihnen zu tun haben, auch die Sicht der großen Mehrheit klar sein, daß nämlich die Menschen in diesem Staat den Betroffenen, also den Gefangenen nichts getan hätten, sondern umgekehrt.
Ein mea culpa der Gefangenen sei jedoch nicht erforderlich.

Rosita: Sie wolle klarstellen und daraufhinweisen, daß es keinen harten Kern der Inhaftierten gäbe und auch keine Rädelsführer, wie Kinkel es darstelle.

Schwester von Christoph Seidler: Sie wolle wissen, ob es einen Versuch gäbe, mit denen draußen - also der aktiven RAF - ins Gespräch zu kommen unter dem Aspekt der Versöhnung.

Kinkel: Er wisse nicht, ob ihr Bruder sich im strafrechtlichen Sinne schuldig gemacht habe. Sollte er jedoch an Aktionen beteiligt gewesen sein, sei ganz klar, daß er zur Verantwortung gezogen werden müsse. Sollte er sich stellen, könnte über Strafmilderung nachgedacht werden. Es müsse aber klar sein, wenn die Gewalt zurückgenommen werde, heiße das nicht, damit sei alles vergessen und vergeben. Wenn es nach ihm ginge, würde er sagen, die RAF solle sich stellen, es sei ein gerechtes, angemessenes Verfahren garantiert.
Er wolle hier aber auch deutlich sagen, daß in Bezug auf die aktive RAF kein Konzept gäbe, von ihrer Seite, daß darüber keine Gespräche geführt worden seien, diese erst mit BAW, BKA etc. besprochen werden. Ein Konzept dazu müsse erst erarbeitet werden.

Schwester von Christoph Seidler: Will wissen, wie die Stimmung hierfür ist.

Kinkel: Verweist darauf, daß es in der KGT (Koordinierungsgruppe Terrorismus) Überlegungen in die Richtung einer Lösung auch dieses Problemes gäbe, der VS habe diese Diskussion angestoßen. Er wolle bei dieser Gelegenheit den Verantwortlichen des VS hierfür und überhaupt ausdrücklich danken.

Vollmer: Ein beschränktes Fahndungsgebiet für die aktive RAF (Jünschke hatte zwischendurch vorgeschlagen, es könne ja die Fahndung beschränkt werden z.B. auf Europa, außerhalb Europas solle dann keine Fahndung stattfinden) käme ja wohl nicht in Betracht. Sie verstehe nicht, warum er die Kronzeugenregelung verlängern wolle, dies sei psychologisch falsch, es würden damit Verräter aufgebaut. Es ginge darum, den §129a jetzt zu beseitigen. Es ginge in den Verfahren darum, wegzukommen von der Kollektivthese und einen individuellen Schuldnachweis zu führen.

Kinkel: Eine beschränkte Fahndung werde es nicht geben. Die Verlängerung der Kronzeugenregelung sei politisch noch nicht beschlossen. Er habe mit Stahl darüber lange beraten und er hätte gute Gründe dafür, warum er für eine Verlängerung der Kronzeugenregelung plädiere (was er damit meinte, wurde nicht konkretisiert).
Es sei gar keine Frage, daß er die rechtsstaatlichen Bedenken gegen die Kronzeugenregelung teile.
Zum Punkt §129a beseitigen wolle er sagen, wie allen sicher bekannt sei, habe er dieses angesprochen und es hätte wilden Widerstand dagegen gegeben. Den §129a insgesamt zu kippen sei nicht durchsetzbar. Vorstellbar sei, den Komplex „Werbung" fallen zu lassen bzw. zu streichen und eine Regelung zu finden, wonach ein individueller Schuldnachweis geführt werden müsse.

Pfaff: Er sei für die Verlängerung der Kronzeugenregelung, allerdings müsse er feststellen, daß diese geändert werden müsse, da in der bisherigen Fassung diese zuviel Drive habe, andere zu belasten. Dies müsse geändert werden.

Kinkel: Eine Änderung hier wie beim §129a sei politisch erwünscht, derzeit aber nicht durchsetzbar.

Lutz: Kinkel habe gesagt, die Gefangenen müßten mitwirken. Was heiße das konkret?

Kinkel: Die Gefangenen müssen sagen, daß sie in Zukunft keine strafbaren Handlungen mehr begehen. Bei Verweigerung dieser Aussage basta, d.h. dann gehe eben nichts, sei nichts möglich.

Barbara: Sie wolle nochmal konkretisieren und darstellen, welche Schritte für die Gefangenen notwendig seien:
1. Die Haftunfähigen müssen freigelassen werden, Bernd ist sofort und ohne jegliche Vorbedingungen zu entlassen.
2. Die Gefangenen, die 15 Jahre und länger sitzen, müssen entlassen werden. Wie solle eine Mitwirkung aussehen? Die Form sei nicht wesentlich. In allen bisherigen Anhörungen seien aber Unterwerfungserklärungen gefordert worden.
3. Was ist mit den Gefangenen, die lebenslänglich haben und erst relativ kurze Zeit im Knast sind? Die Vorstellung sei Zielbestimmung, Perspektive auch für diese Gefangenen. Entlassung auch von ihnen innerhalb von 2 Jahren.

Vorschlag, dies technisch zu ermöglichen, die Mindeststrafe von 15 Jahren im §57a auf 10 Jahre zu senken. Es sei innerhalb der staatlichen Organe eine Zäsur notwendig. Hinsichtlich laufender Ermittlungsverfahren verweise sie auf die Möglichkeit des §154 StPO. Die Verfahren wegen illegalem Infosystem müßten sofort eingestellt werden. Alle Gefangenen, die noch nicht 15 Jahre sitzen, d.h. nicht absehbar entlassen werden, müssen zusammengelegt werden. Die Verfahren wegen Aussagen von Kronzeugen seien zu beenden und einzustellen.
Zum §129a: Hatte eine andere Funktion, als dargestellt, war ein Ermittlungs- und Ausforschungsparagraph, hatte die Funktion, den individuellen Schuldnachweis obsolet zu machen. Es ging dabei nicht um Tatstrafrecht, sondern um Gesinnungsstrafrecht.

Kinkel: Er wolle deutlich machen, er kenne die Akten von Bernd und Günter auswendig. Er habe zwar nicht mit ihnen geredet, aber sich ihre Zellen angesehen; man müsse ihm über ihre Situation nichts erzählen. Er habe sich außerdem die Zellen aller Gefangenen angesehen. Was Haftunfähigkeit wegen Krankheit angehe, seien weder er noch die Gerichte zuständig. Die Zuständigkeit hierfür sei ja wohl allgemein bekannt.
Bei Günter sei ja leider der langjährig ihn behandelnde Arzt, der als Gutachter vorgesehen sei, gestorben. Insofern eine unglückliche Entwicklung.
Er wolle hier aber doch Klartext reden, und feststellen, es werde KEINE politische Entscheidung geben. Wenn hier davon die Rede sei, daß Unterwerfungserklärungen gefordert würden, wolle er dazu nur sagen, dies sei eine Bewertungsfrage. Er wolle betonen, daß die letzten Bemühungen gerade in den Fällen von Günter und Bernd äußerst weitgehend waren. D.h. auch, daß den beiden soweit entgegengekommen worden sei, daß nicht die Rede davon sein könne, daß Unterwerfungserklärungen verlangt würden.
Eine Entlassung von ALLEN binnen 2 Jahren zu fordern, habe keinen Sinn. Dies sei so unmöglich.
Er wolle aber alles, was im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen möglich sei, überlegen und diskutieren, d.h. im Rahmen der §§57, 57a. Eine Herabsetzung im Rahmen des §57a auf 10 Jahre sei politisch jedoch nicht durchsetzbar.
Er bedauere, daß es ihm wegen des Wechsels in das Außenministerium nicht nicht möglich sei, zu tun, was er sich eigentlich vorgenommen habe, nämlich grundsätzlich eine Diskussion über das System des Strafens in der BRD einzuleiten.
Er wolle nochmals feststellen, daß man über alles nachdenken könne und über alles reden könne, d.h. Zusammenlegung, §129a usw. usf.

Andreas: Verweist auf das Protokoll des OLG Stuttgart zur Anhörung von Günter und stellt fest, daß es grausam und erniedrigend sei und jedem die Tränen in die Augen treiben müsse.

Kinkel: Man müsse auch sehen, was dem vorausgegangen sei. Er wisse, wie die Anhörungen gelaufen seien. Das Ende müsse positiv sein, auf die Anhörungen könne nicht verzichtet werden.

Löhr (Studentenpfarrer): Bezweifelt Kinkels Darstellung was den §57a (2/3 Antrag) angeht, bezweifelt auch Kinkels Darstellung der Funktion der Anhörungen und der geforderten Erklärungen, meint, daß es sehr wohl um Unterwerfung und um Rituale gehe.

Kinkel: Zur Frage, was die Erklärung, keine Sraftaten mehr begehen zu wollen, solle: Bei Morden etc. sei eine Sozialprognose nicht unangemessen, auch nicht, dabei über die Tat zu reden. Eine Sozialprognose sei in solchen Verfahren immer notwendig und erforderlich. Der Staat hat das Recht, dies zu verlangen und das richtig.

Jünschke: Weist auf die Haftbedingungen, die Dokumente über unmenschliche Behandlung hin, verweist aber auch darauf, daß die Öffentlichkeit auch aus Angehörigen von Opfern bestehe. Er bedauert, daß den Gefangenen die politische Souveränität fehle, ein Wort des Mitgefühls oder des Bedauerns über die Opfer zu sagen.

Kinkel: Er wolle hier nochmals betonen, daß es keinerlei Rechtfertigung für die Taten der RAF gäbe. Was Jünschke sage, sei richtig. Auch daß die RAF vorläufig von Gewalt absehe, ändere nichts daran, daß es Opfer gegeben habe. Es gehe ihm aber auch nicht um Unterwerfungsrituale.

di Lorenzo: Wie stabil die Mehrheitsverhältnisse für die Kinkel-Initiative innerhalb der der Koalition bzw. der Regierung seien?

Kinkel: Er glaube, daß ihn die Mehrheit sehr vorsichtig unterstütze. Es habe ein Koalitionsgespräch dazu gegeben. Die Mehrheitsverhältnisse seien fragil, nicht stabil. Die, auf die es ankommt, stützen ihn, das sei aber nicht die Mehrheit.

Vater von K.H.Dellwo: Erzählt langatmig über seine Söhne, insbesondere, daß er seinen Sohn (nicht Karl-Heinz (?)) 77 in Pforzheim besucht habe, ihm geraten habe, Aussagen zu machen und daß das Ergebnis sei, daß er ihn jetzt nicht mehr sehen könne, weil dieser mit fremdem Namen irgendwo im Ausland sei. Sie hätten versucht, mit ihm zu reden, das Innenministerium habe dies aus Sicherheitsgründen abgelehnt.
Er distanziert sich von uns als Gruppe, betont, daß er nicht als Angehöriger eine Gruppe oder Delegation, sondern privat da sei. Er habe auch keine Schwierigkeiten, zu sagen, daß er seit 14 Jahren keinen Kontakt mit Karl-Heinz gehabt habe. Die Taten der RAF seien für ihn ganz klar Verbrechen.

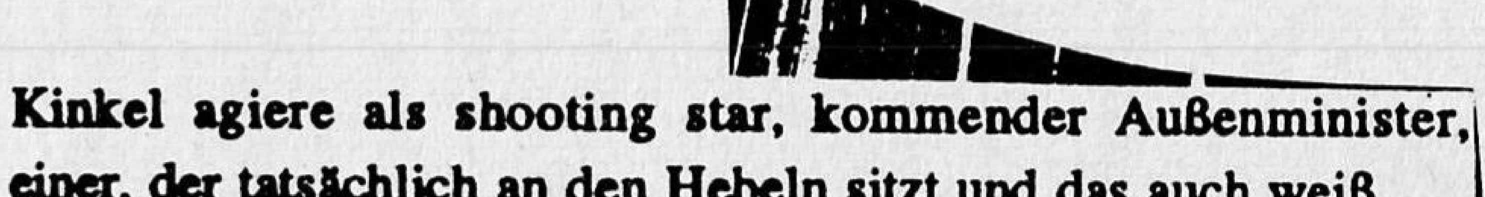
Kinkel: Er verstehe die Betroffenheit, wolle sich auch um eine Möglichkeit kümmern, daß Herr Dellwo sich mit seinem Sohn treffen könne, falls dieser das wünsche. Es sei ganz klar, daß dies möglich sein müsse.
Aber auch hier wolle er nochmal betonen, daß es keine Extrawürste für die Gefangenen geben werde.
Er betont, daß er gerade zu den wegen Stockholm einsitzenden Gefangenen einen besonderen Bezug habe. Er sei der politische Einsatzleiter bei der Besetzung der Botchaft in Stockholm gewesen. Die Polizei habe geplant gehabt, die Botschaft zu sprengen, Er habe dies verhindert. Er habe den Rückzug der Polizei angeordnet. Er wolle versuchen, zu helfen. Das Verhalten von Karl-Heinz sei nicht hilfreich gewesen, er habe die Teilnahme an der Anhörung an dem Verfahren nach §57a verweigert, es sei also nicht verwunderlich, daß er nicht entlassen worden sei.

Jansen: Es gehe darum, zielorientiert an die Sache heranzugehen, nicht Rächer zu spielen, das Ziel sei Versöhnung, was konkret Versöhnung für Kinkel bedeute.

Kinkel: Was er damit meine, habe er beim Dreikönigstreffen der Liberalen deutlich gesagt, weil er zum damaligen Zeitpunkt Gründe gehabt habe, anzunehmen, es passiere etwas. Es gehe um die Rückführung der Gefangenen in die Gesellschaft.

Abschließende Worte Hanusch: Kinkel habe Zeichen gesetzt. Er verabschiedet Kinkel, weist daraufhin, daß es darum gehe, das Ganze nicht zu zerreden. In diesem Zusammenhang auch einen besonderen Appell an die Medien.

EINSCHÄTZUNG



Kinkel agiere als shooting star, kommender Außenminister, einer, der tatsächlich an den Hebeln sitzt und das auch weiß.
So, wie er betonte, daß er heftig attackiert werde, bin ich sicher, daß ein Teil dessen, was er sagte, für den politischen Gegner bzw. eventuelle CSU-Zuträger gedacht war.
Ganz wichtig zu sehen sind die Schlenker, die er ein paar mal machte: „ich werde HIER den Konflikt nicht als politischen anerkennen" oder „die Mehrheitsverhältnisse sind fragil, nicht stabil; die wichtigen Leute stehen hinter mir".
Deutlich geworden ist: D E R zentrale Punkt für sie ist, daß sie den Antagonismus RAF - Staat nicht als politischen anerkennen wollen. Aber auch da der deutliche Eindruck: Kinkel pokert, auch diese Positionen sind, wenn auch ganz hart, veränderbar.
Ernstzunehmen ist: Kinkel will eine Lösung. Und aus allem (er betonte, daß Termine in Tutzing, mit Angehörigen und Anwälten z.B. mit dem Rechtsausschuß und in der KGT abgestimmt sind) ist einfach klar, daß das insgesamt für die z.Zt. bestimmende politische Ebene gilt.
Sie wollen aber klar die Lösung so, daß alles politische rausgekippt wird. Deshalb immer wieder die Betonung, über ALLES könne geredet werden, Lösungen werde es aber nur innerhalb des formalen rechtsstaatlichen Rahmens geben (d.h. 2/3, §57a, evtl. Halbstrafe, Begnadigungen) und NUR als Einzelfallentscheidungen mit dem gesamten dazugehörenden Procedere, also Anhöhrungen, Gutachten...
So daß man sagen kann: was in Tutzing gesagt wurde, waren in keinem Punkt absolut unverrückbare Positionen, Lösungen sind möglich.



WIR GRÜSSEN ALLE MENSCHEN, DIE SICH HEUTE, 5.12.92 AN DER BUNDESWEITEN ANTIFASCHISTISHEN DEMONSTRATION IN BERLIN BETEILIGEN. UNTER DEM MOTTO:
"KAMPF DEM FASCHISMUS! WIR GREIFEN AN"

WIR HABEN HEUTE, 4.12.92 IN FRANKFURT/M DAS **CDU**-BÜRO IN DER FRIEDBERGER-LANDSTR. MIT FOLGENDER PAROLE BESPRÜHT:
"DIE BRANDSTIFTER SITZEN IN BONN"

DURCH EINE ÖFFNUNG IN DER SCHAUFENSTERSCHEIBE DES PROPAGANDALADEN HABEN WIR DANN ETWAS HINEIN GEKIPPT, WAS UNSERER MEINUNG NACH AM EHESTEN DEN MENSCHENVERACHTENDEN ANSICHTEN DIESER PARTEI ENTSPRICHT; EINEN EIMER SCHEISSE!
WIR MEINEN, DASS ES ZWISCHEN DEN PARTEIEN KEINEN UNTERSCHIED MEHR GIBT. SIE SCHÜREN ÜBER IHRE GEMEINSAM GEFÜHRTE ASYLGESETZDISKUSSION UND DAS INSTALLIEREN VON NEUEN DISKRIMINIERENDEN GESETZEN EIN GESELLSCHAFTLICHES KLIMA, IN DEM ES LEGITIM IS NACH UNTEN ZU TRETEN UND AUCH ZU TÖTEN.
WIR FREUEN UNS ÜBER JEDE INITIATIVE, DIE DIESEN MÖRDERISCHEN, GESELLSCHAFTLICHEN KONSENS ANGREIFT UND BENENNT.

NUR GEMEINSAM, MIT ALLEN MITTELN, AUF ALLEN EBENEN, WERDEN WIR DIESEN OFFEN AUFTRETENDEN RASSISMUS UND SEINEN PROTAGONISTEN EINHALT GEBIETEN.
DIE GROSSE KOALITION DER RASSISTEN REICHT VON BONN BIS „HOYERSWERDA, VON WEIZSÄCKER BIS FRANZ SCHÖNHUBER
VON DER REGIERUNG BIS ZUM STAMMTISCH.

SCHAUT NICHT WEG!
GREIFT EIN!

Statt eines Schusses in die Genitalien
- Zur Antwort der Schwarzen Kalender 93 Kritik -

Wir bedanken uns bei den Interims für das beleidgende Vorwort.
" Ihr Avatollahpenner, bekommt gleich ein paar Kopfnüsse größeren Kalibers auf die Zwölf bis eure Bildzeitungs-hirne........"
KOTZ, so sieht also die Selbstkritik von einigen sexistischen Verbalrambos des SKs aus.Ganz zu Schweigen davon, daß der Lack ab ist bei Äußerungen wie Frau=vögeln.Eigentlich würde sowas schon für einen Boykott reichen-wir werden jedenfalls den SK 93 nicht kaufen!

"Verinnerlichte Selbstkritik ist ein gewichtiger Pfeiler revolutionären Vorankommens" (Gramscunin, Werke Band 3)

Zwei Menner

In der Waldenserstrasse in Berlin 21 existiert immer noch der kiezbekannte Repstützpunkt "WALDENSERHÜTTE".
In der Nacht vom 9/10. 12.92 haben wir ihn angegriffen.
MACHT MIT ! LEGT DEN BRAUNEN SUMPF TROCKEN !
==

"Von Majdanek und Auschwitz nahtlos nach Berlin, Rostock und Mölln.
Vom 3. Reich übers 3,5. mit Hurra in's Vierte? "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" - das sind die Parolen von Dir und Deinesgleichen.
Menschenverachtend, rassistisch und jeden, aber auch jeden Anstand verachtend, versuchst Du Deine zutiefst widerlichen politischen Ansichten unter die Leute zu bringen. Indem Du z.B. den offen nazistischen Reps Deine Saufbude als headquarter zur Verfügung stellst.

W I R   W E H R E N   U N S !!

Sollten wir feststellen, daß Du weiterhin diesen Drecksnazis Unterschlupf und Unterstützung gewährst, werden wir Dir zeigen müssen, daß in Ruinen kein 4. Reich gedeihen kann und Deine bürgerliche Existenz zur Disposition steht.

U N S   R E I C H T   E S !!

Wir haben es endgültig satt, durch rassistische, faschistische und sexistische Arschlöcher, wie Du eben ganz einfach eines bist, unseren Kiez zur geistigen und menschlichen Müllkippe verkommen zu lassen.

W I R   G R E I F E N   A N !!

Ein Irrtum Deinerseits, Du Arsch, wäre es, uns zu unterschätzen. Deine Nazikumpane werden Dich wie eine heiße Kartoffel fallen lassen, wenn sie wissen, daß Du als gewerbetreibender Fascho-Fan entlarvt bist. Blutige Schnauzen unter ihren kahlen Glatzen lieben sie nämlich nicht so arg.
Also - überleg's Dir.

Aber nicht zu lang."

Hinweis:
Die letzte Woche zur bundesweiten Demo herausgegebene Liste faschistischer Treffpunkte in Berlin sollte mit Vorsicht zu genießen sein und unbedingt von Gruppen und Einzelpersonen nachgeprüft werden.
Nach unseren Informationen sind einige der aufgezählten Treffpunkte veraltet, falsch, ungenau bzw. nicht ausreichend genug recherchiert.
Auch ist nicht klar ersichtlich, welche Kriterien für Nazis verwendet werden. Was ist z.B. unter äußerlich "erkennbare Nazis" zu verstehen?
Es müßte da doch mehr und genauer beschrieben und differenziert werden, an welchen Treffpunkten sich wer aufhält.

Der Sinn und Zweck solcher Listen soll damit nicht in Frage gestellt werden. Es ist wichtig und notwendig, organisierte und weniger organisierte Nazis sowie rechte Hools und Jugendliche aus ihrer scheinbaren Anonymität zu reißen und ihre Treffpunkte zu veröffentlichen, um sie somit auch greifbar zu machen.

Dennoch erwarten wir von euch, diese Liste eingehends selbst zu überprüfen.

DER KAMPF GEHT WEITER!!!

TERMINE:

Don. 17.12. 21.00 Film "Stärker als die Angst", Videokino Daneben Rigaer Str.84

20.00 Das Info-Telephon bei SOS-Rassismus informiert, Galerie Olga Benario Weserstr.5 1/44

Fr. 18.12. 20.30 Frauen-Aktions-Koalition Treffen in der Schokofabrik, Mariannenstr. 6

20.00 Antifa Solifest in der Dunkerstr.14/15

19.00 Frauen/Lesben Veranstaltung "Gegen Folter und Hinrichtungen von Gefangenen in Peru, in der Marchstr.23 Cafe Vamos

20.00 Fete in der SFE Mehringhof Veranstalter: AnarchistInnen aus der Türkei/Kurdistan

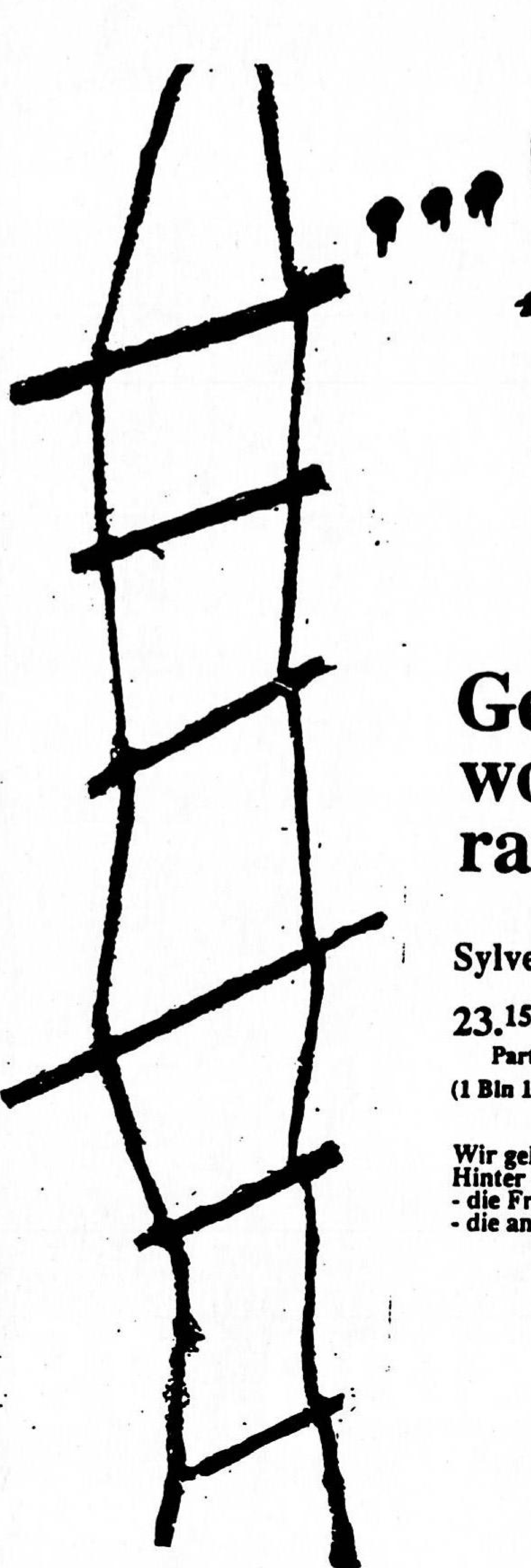
Son. 20.12. 21.00 Film, Küchengespräche mit Rebellinnen, Videokino Daneben

Die. 22.12. 21.00 Film, Deutschland ganz rechts - Republikaner auf Zeit, Videokino Daneben

Don. 24.12. 20.00 Lesbenfrauenabend im Clash, Uferstr.13 1/65, mit Essen + Filmen, bringt Spiele mit!

21.00 Film,"So fremd,so tot-Mete Eksi", Videokino Daneben





Gefangene wollen raus!

Sylvestermarsch zu den Knästen !

23.15 Marchstr.23

Party ab 22.00 (Alk ab 0.00)

(1 Bln 10, U-Bhf.E.-Reuter-Pl.S-Bhf.Tiergarten)

Wir gehen zusammmen los.
Hinter Gotzkowsky-Brücke trennt sich die Demo:
- die Frauen/Lesben-Demo geht zur Plötze
- die anderen laufen nach Moabit



DEMO

Lesben und Schwule gegen Faschismus

> "Wenn sie in ihrem Kämmerlein bleiben tut ihnen niemand etwas."
>
> Zitat aus einem Brief der Fraktion der Partei
> "Die Republikaner" in der BVV Friedrichshain
> an Senator Dr. Peter Luther

Dies ist eine direkte Aufforderung zur Ausgrenzung und zur Gewalt gegen Lesben und Schwule!

Wehren wir uns gegen jede Form von faschistischer, rassistischer und sexistischer Gewalt!

Wir fordern:
- Rücktritt der Abgeordneten Detlef Mahn, Rainer Gerbert und Manfred-Ulrich Voigt, die für diesen Brief verantwortlich zeichnen!
- Keine parlamentarische Plattform für Volksverhetzer!
- Keine weiteren Stellenstreichungen im sozialen Bereich, sondern eine dem Bedarf entsprechende Erweiterung!
- Keine Kürzung von AIDS-Geldern!

ZERSCHLAGT FASCHISTISCHE STRUKTUREN!!!

Samstag, 19. 12. 92, 13 Uhr

Ku'damm / Ecke Joachimstaler Str. (Kranzler-Eck)

ViSdP: Michael Gommel, c/o Restrisiko, Ackerstraße 12/13, O-1040 Berlin.